

Die Schriftenreihe Recht in privaten und öffentlichen Unternehmen wird von Prof. Dr. Roland Müller und Prof. Dr. Thomas Geiser herausgegeben. Darin werden bestqualifizierte wissenschaftliche Arbeiten (Masterarbeiten, Dissertationen, EMBA-Projektarbeiten) in den Bereichen Recht und Betriebswirtschaft veröffentlicht.

In der Praxis treten immer wieder Unsicherheiten bezüglich der Vertrauensärzte im Zusammenhang mit dem privatrechtlichen Arbeitsverhältnis auf. Insbesondere herrscht bei Arbeitgebern Unklarheit darüber, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um einen Vertrauensarzt beiziehen zu können. Aber auch für die Arbeitnehmer fehlen Hilfestellungen in Lehre und Rechtsprechung, wenn sie sich mit der Forderung einer vertrauensärztlichen Untersuchung konfrontiert sehen. Unsicherheiten bestehen sodann auch für die Vertrauensärzte, die sich oft zwischen den Fronten wiederfinden.

Die Pflicht des Arbeitnehmers zur Konsultation eines Vertrauensarztes kann aus der Treuepflicht hergeleitet werden. Für die Zulässigkeit einer vertrauensärztlichen Untersuchung sind jedoch bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen. Die Arbeitnehmer können ausserdem gewisse Einwendungen gegen die Konsultationspflicht geltend machen. Weder Judikatur noch Literatur bieten dazu umfassende Antworten. Die vorliegende, theoretisch fundierte Arbeit soll diese Lücke schliessen: mit Musterklauseln für GAV und EAV, einem Musterrahmenvertrag zwischen Arbeitgeber und Vertrauensarzt, Musteraufforderungen zur Konsultation eines Vertrauensarztes, Checklisten zur Prüfung der Voraussetzungen der Rechtmässigkeit einer vertrauensärztlichen Untersuchung etc.



3

RiU – LfE  
Band 3

# Recht in privaten und öffentlichen Unternehmen

Roland Müller/Thomas Geiser (Hrsg.)

Recht in privaten und öffentlichen Unternehmen

Manuel Stengel Der Vertrauensarzt im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis



Law for Private and Public Enterprises

Manuel Stengel

## Der Vertrauensarzt im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis



# Der Vertrauensarzt im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis

DISSERTATION  
der Universität St. Gallen,  
Hochschule für Wirtschafts-,  
Rechts- und Sozialwissenschaften  
sowie Internationale Beziehungen (HSG)  
zur Erlangung der Würde eines  
Doktors der Rechtswissenschaft

vorgelegt von

**Manuel Stengel**

von

Wattwil und Wil SG

Genehmigt auf Antrag der Herren

**Prof. Dr. Thomas Geiser**

und

**Prof. Dr. Roland Müller**

Dissertation Nr. 4308

Dike Verlag Zürich/St. Gallen 2014

Die Universität St. Gallen, Hochschule für Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften sowie Internationale Beziehungen (HSG), gestattet hiermit die Drucklegung der vorliegenden Dissertation, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Anschauungen Stellung zu nehmen.

St. Gallen, den 20. Mai 2014

Der Rektor:

Prof. Dr. Thomas Bieger

Das gleiche Werk ist im Dike Verlag AG erschienen als Band 3 der Schriftenreihe «Recht in privaten und öffentlichen Unternehmen (RiU)», herausgegeben von Prof. Dr. iur. Roland Müller und Prof. Dr. iur. Thomas Geiser, Universität St. Gallen.  
ISBN 978-3-03751-649-2

Meinen Eltern  
und Liliane

---

# Vorwort

In der Praxis treten immer wieder Unsicherheiten im Zusammenhang mit privatrechtlichen Vertrauensärzten auf. Insbesondere herrscht bei Arbeitgebern Unklarheit darüber, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um einen Vertrauensarzt beiziehen zu können. Auch für die Arbeitnehmer fehlen Hilfestellungen aus Lehre und Rechtsprechung, wie sie sich zu verhalten haben, wenn sie sich mit der Forderung einer vertrauensärztlichen Untersuchung konfrontiert sehen. Unsicherheiten bestehen sodann auch für die Vertrauensärzte. Häufig ist den Ärzten nicht klar, was genau der Arbeitgeber von ihnen erwartet.

Weder die Judikatur noch die einschlägige juristische Literatur bieten ausreichende Lösungen zu diesen Fragestellungen an. Es gibt wenig praktische Hilfestellungen für Arbeitgeber, Arbeitnehmer oder Vertrauensärzte, so dass bei jedem gewählten Vorgehen Unsicherheiten bezüglich dessen Rechtmässigkeit bestehen. Die vorliegende Arbeit soll diese Lücke schliessen und theoretisch fundierte, nützliche Hilfestellungen für praktische Probleme in Form von Musterklauseln für GAV und EAV zur Implementierung eines Vertrauensarztes, einen Musterrahmenvertrag zwischen Arbeitgeber und Vertrauensarzt, Musteraufforderungen zur Konsultation eines Vertrauensarztes, Checklisten zur Prüfung der Voraussetzungen der Rechtmässigkeit einer vertrauensärztlichen Untersuchung, eine Checkliste mit den nötigen Inhalten eines vertrauensärztlichen Berichts etc. bereitstellen.

An dieser Stelle danke ich allen, die mir bei der Ausarbeitung dieser Arbeit wertvolle Unterstützung zukommen liessen. Insbesondere danke ich meinen Betreuern Prof. Dr. Thomas Geiser und Prof. Dr. Roland Müller für die grosse Unterstützung und die hilfreichen Gespräche und Anregungen. Ein Dank geht auch an alle Unternehmen und Experten, welche mir den Einbezug der Praxis ermöglicht haben. Ebenfalls möchte ich meiner Schwester, RA Dr. iur. Cornelia Stengel, für die kritische Durchsicht des Manuskripts danken. Dank gebührt auch meinen Eltern, die mir die Ausbildung ermöglichten und mich immer unterstützten. Ein besonderer Dank geht an meine Frau Liliane, die mich in dieser Zeit unermüdlich unterstützt hat und die einen grossen Anteil am Gelingen dieser Arbeit hat.

Wittenbach, im Juli 2014

Manuel Stengel

---

# Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Zusammenfassung	XVII
Résumé	XIX
Abstract	XXI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Abbildungsverzeichnis	XXIX
Literaturverzeichnis	XXXI
Materialien und amtliche Berichte	XLIXIX
<b>1. Teil: Einleitung</b>	1
I. Problemstellung	1
II. Zielsetzung	3
III. Methodik	5
IV. Begriffe	6
V. Abgrenzungen	10
<b>2. Teil: Allgemeiner theoretischer Teil</b>	13
I. Der Vertrauensarzt in Lehre und Rechtsprechung	13
II. Rechtsbeziehungen der involvierten Parteien	20
III. Gesetzliche Grundlagen im Zusammenhang mit dem Vertrauensarzt	65
IV. Rechtsprobleme im Zusammenhang mit dem Vertrauensarzt	162
V. Zwischenergebnisse aus dem allgemeinen theoretischen Teil	273
<b>3. Teil: Besonderer praktischer Teil</b>	277
I. Ziel der Untersuchung	277
II. Methode	278
III. Resultate	282
IV. Ergebnisse des praktischen Teils	305
<b>4. Teil: Zusammenfassung und Empfehlungen</b>	309
I. Gegenüberstellung der theoretischen und praktischen Ergebnisse	309
II. Empfehlungen für die Praxis	312
<b>Anhänge</b>	317
<b>Sachregister</b>	345



---

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Zusammenfassung	XVII
Résumé	XIX
Abstract	XXI
Abkürzungsverzeichnis	XXIII
Abbildungsverzeichnis	XXIX
Literaturverzeichnis	XXXI
Materialien und amtliche Berichte	XLIX
<b>1. Teil: Einleitung</b>	<b>1</b>
I. Problemstellung	1
II. Zielsetzung	3
III. Methodik	5
IV. Begriffe	6
A. Vorbemerkung	6
B. Vertrauensarzt	6
C. Privatrecht	8
D. Arbeitsverhältnis	9
E. Arzzeugnis	10
V. Abgrenzungen	10
<b>2. Teil: Allgemeiner theoretischer Teil</b>	<b>13</b>
I. Der Vertrauensarzt in Lehre und Rechtsprechung	13
A. Literatur	13
B. Judikatur	15
1. Bundesgericht	15
2. Kantonale Gerichte	16
C. Überblick über den Stand der Lehre und Rechtsprechung	19
II. Rechtsbeziehungen der involvierten Parteien	20
A. Überblick über die Rechtsbeziehungen	20
B. Rechtsbeziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer	21
1. Im vorvertraglichen Verhältnis	21
2. Im vertraglichen Verhältnis	22
C. Rechtsbeziehung zwischen Arbeitgeber und Vertrauensarzt	23
1. Interessenlage der Parteien	23
2. Qualifikation des Vertrages	24

a.	Übersicht	24
b.	Analyse möglicher Vertragsarten	25
aa.	Grundsätzliche Zuordnung	25
bb.	Einfacher Auftrag oder Werkvertrag	26
i.	Entgeltlichkeit als Abgrenzungskriterium	26
ii.	Stellung des Arbeitspflichtigen als Unternehmer	27
iii.	Leistungsinhalt als Abgrenzungskriterium	27
cc.	Arbeitsvertrag als Möglichkeit	30
dd.	Weitere Möglichkeiten	31
3.	Arten des Zustandekommens des Vertrages	32
a.	Problemstellung	32
b.	Kontaktaufnahme mit dem Vertrauensarzt durch den Arbeitgeber	32
c.	Kontaktaufnahme mit dem Vertrauensarzt durch den Arbeitnehmer	34
4.	Vertrauensarzt als Hilfsperson	38
5.	Rechtliche Qualifikation der Beziehung zwischen Arbeitgeber und Vertrauensarzt	42
D.	Rechtsbeziehung zwischen Arbeitnehmer und Vertrauensarzt	43
1.	Überblick	43
2.	Grundsatz des fehlenden Vertrages zwischen Arbeitnehmer und Vertrauensarzt	43
3.	Ausnahme des bestehenden Vertrages zwischen Arbeitnehmer und Vertrauensarzt	44
a.	Zustandekommen des Vertrages	44
b.	Frei praktizierender Arzt	46
c.	Spitäler	47
d.	Medizinische Institute und Zentren	49
4.	Rechtliche Qualifikation der Beziehung zwischen Arbeitnehmer und Vertrauensarzt	49
E.	Rechtsbeziehung zu anderen Parteien	50
1.	Vorbemerkung	50
2.	Taggeldversicherungen nach KVG	51
a.	Allgemeines zur Taggeldversicherung nach KVG	51
b.	Rechtsbeziehungen in Zusammenhang mit dem KVG	53
3.	Taggeldversicherungen nach VVG	57
a.	Allgemeines zur Taggeldversicherung nach VVG	57
b.	Rechtsbeziehungen im Zusammenhang mit dem VVG	59
4.	Rechtliche Beurteilung der Beziehungen zu anderen Parteien	63
III.	Gesetzliche Grundlagen im Zusammenhang mit dem Vertrauensarzt	65
A.	Einleitung	65
B.	Vertrauensarzt und Arbeitsvertragsrecht	65

1.	Übersicht	65
2.	Sorgfalts- und Treuepflicht	66
3.	Befolgung von Anordnungen und Weisungen	70
	a. Allgemeines zum Weisungsrecht	70
	b. Grenzen des Weisungsrechts	72
	c. Befolgungspflicht und Sanktionen bei Verstoss dagegen	75
4.	Lohnfortzahlungspflicht	78
	a. Lohnfortzahlungspflicht im Allgemeinen	78
	b. Voraussetzungen der Lohnfortzahlung	80
	aa. Mindestdauer	80
	bb. Verhinderung in der Person des Arbeitnehmers	81
	cc. Unzumutbarkeit und Unmöglichkeit der Leistungserbringung	81
	dd. Kausalzusammenhang zwischen Ursache und Ausbleiben der Leistung	82
	ee. Fehlendes Verschulden an der Arbeitsverhinderung	83
	c. Dauer der Lohnfortzahlungspflicht	84
	d. Beweisfragen im Zusammenhang mit der Lohnfortzahlung	85
	e. Charakter der Norm	86
	f. Lohnfortzahlungspflicht bei Krankheit und Unfall	86
	aa. Verhinderungsgründe Krankheit und Unfall	86
	bb. Effektive Arbeitsverhinderung	88
	cc. Kausalzusammenhang bei Krankheit und Unfall	89
	dd. Beweis der Arbeitsunfähigkeit bei Krankheit und Unfall	90
	g. Abweichende Regelung betreffend Lohnfortzahlung	92
5.	Kündigungsschutz	95
	a. Allgemeines zum Kündigungsschutz	95
	b. Voraussetzungen des Kündigungsschutzes	95
	c. Folgen des Kündigungsschutzes	97
	d. Verhältnis zwischen Lohnfortzahlungspflicht und Kündigungsschutz	97
	e. Verhältnis zwischen Kündigungsschutz und Weisungsrecht	98
6.	Schutz der Persönlichkeit des Arbeitnehmers	99
	a. Persönlichkeitsschutz im Arbeitsverhältnis im Allgemeinen	99
	b. Datenschutz im Arbeitsverhältnis im Besonderen	102
	c. Rechtsfolgen bei Verletzung der Fürsorgepflicht	107
C.	Vertrauensarzt und Datenschutzgesetz	110
	1. Übersicht	110
	2. Datenschutzrechtliche Legaldefinitionen	112
	3. Grundsätze der Datenbearbeitung	115
	4. Rechtfertigungsgründe	118
	5. Rechtsansprüche aus DSGVO	120

6.	Verhältnis von DSG zu Art. 328b OR	122
D.	Vertrauensarzt und Persönlichkeitsschutz nach ZGB	123
1.	Übersicht	123
2.	Inhalt des Persönlichkeitsrechts nach Art. 27/28 ZGB	124
3.	Widerrechtlichkeit und Rechtsfolgen	128
4.	Verhältnis von Art. 27/28 ZGB zu Art. 328 OR und zum DSG	130
E.	Vertrauensarzt und Auftragsrecht	132
1.	Übersicht und Allgemeines zum Auftragsrecht	132
2.	Weisungsrecht des Auftraggebers	133
a.	Allgemeines zum Weisungsrecht des Auftraggebers	133
b.	Inhalt von Weisungen	134
c.	Schranken des Weisungsrechts des Auftraggebers	135
d.	Weisungsabweichung und Weisungsverletzung	137
3.	Rechenschafts- und Ablieferungspflichten des Beauftragten	138
a.	Allgemeines	138
b.	Rechenschaftspflicht des Beauftragten	138
c.	Ablieferungspflicht des Beauftragten	139
F.	Vertrauensarzt und Strafrecht	140
1.	Übersicht	140
2.	Falsches ärztliches Zeugnis	141
a.	Strafbarkeit	141
b.	Handlungsmöglichkeiten des Arbeitgebers	143
3.	Berufsgeheimnis	144
a.	Funktion des Berufsgeheimnisses	144
b.	Inhalt des Berufsgeheimnisses	145
c.	Rechtfertigungsgründe	147
G.	Vertrauensarzt und Standesrecht	147
H.	Vertrauensarzt und Spezialgesetze	149
1.	Überblick	149
2.	IVG	149
3.	GUMG	151
I.	Vertrauensarzt nach KVG	153
1.	Überblick	153
2.	Rechtliche Grundlagen	154
a.	Historischer Hintergrund	154
b.	Gesetzliche Regelung	155
3.	Aufgabenbereich	156
4.	Grenzen der vertrauensärztlichen Befugnisse nach KVG	158
5.	Qualifikation und Bestellung des KVG-Vertrauensarztes	158
6.	Datenerhebung und -verarbeitung	160
7.	Unterschied zum privatrechtlichen Vertrauensarzt	160
IV.	Rechtsprobleme im Zusammenhang mit dem Vertrauensarzt	162

---

A.	Pflicht des Arbeitnehmers zur Konsultation	162
1.	Problemstellung	162
2.	Mögliche Grundlagen der Konsultationspflicht	163
a.	Übersicht	163
b.	Gesetz	164
aa.	Ausdrückliche gesetzliche Verpflichtung	164
bb.	Herleitung aus der Treuepflicht	165
c.	Vertrag	169
aa.	Übersicht	169
bb.	Wiedergabe der gesetzlichen Regelung	170
cc.	Ausdehnung der gesetzlichen Regelung	173
3.	Voraussetzungen der Konsultationspflicht	180
a.	Übersicht	180
b.	Gesundheitlich begründete Abwesenheit des Arbeitnehmers	181
aa.	Grundsatz	181
bb.	Ausnahmen	182
c.	Nachweis der Arbeitsunfähigkeit	185
aa.	Allgemeines zum Arztzeugnis	185
i.	Form und Inhalt des Arztzeugnisses	185
ii.	Einfaches und detailliertes Arztzeugnis	189
bb.	Situation ohne Arztzeugnis	191
cc.	Situation bei einfachem Arztzeugnis	193
dd.	Situation bei detailliertem Arztzeugnis	194
d.	Objektive Anhaltspunkte	195
aa.	Übersicht	195
bb.	Mängel des Arztzeugnisses	198
i.	Formelle Mängel	198
ii.	Materielle Mängel	199
cc.	Verhalten des Arbeitnehmers	204
i.	Vor der Arbeitsunfähigkeit	204
ii.	Während der Arbeitsunfähigkeit	205
dd.	Verhalten des Arztes	209
ee.	Zeitpunkt, Häufigkeit und Dauer der Arbeitsunfähigkeit	209
i.	Verdächtiger Zeitpunkt der Arbeitsunfähigkeit	209
ii.	Häufigkeit der Arbeitsunfähigkeit	210
iii.	Dauer der Arbeitsunfähigkeit	211
ff.	Ausländische ärztliche Zeugnisse	212
e.	Verhältnismässigkeit der Massnahme	213
f.	Unverzügliches Ansetzen einer angemessenen Frist	215
4.	Einwendungen des Arbeitnehmers gegen die Konsultation	217
a.	Übersicht	217
b.	Einwendungen gegen die Person des Arztes	218

aa.	Einwendungen gegen die Auswahl durch den Arbeitgeber	218
bb.	Einwendungen gegen die Qualifikation des Arztes	222
cc.	Einwendungen gegen das Geschlecht des Arztes	224
dd.	Einwendungen gegen die Religion oder Ethnie des Arztes	226
c.	Einwendung der fehlenden Information	226
d.	Einwendung der Transportunfähigkeit des Arbeitnehmers	229
e.	Folgen berechtigter Einwendungen	230
5.	Folgen einer durchgeführten vertrauensärztlichen Untersuchung	231
a.	Übersicht	231
b.	Bei bestätigendem Ergebnis	232
c.	Bei widersprechendem Ergebnis	232
aa.	Folgen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer	232
bb.	Richterliche Würdigung	237
6.	Folgen einer verweigerten vertrauensärztlichen Untersuchung	239
a.	Rechtspflicht oder Obliegenheit	239
b.	Folgen einer unberechtigterweise verweigerten Untersuchung	240
aa.	Folgen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber	240
bb.	Richterliche Würdigung	241
c.	Folgen einer berechtigterweise verweigerten Untersuchung	243
aa.	Folgen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber	243
bb.	Richterliche Würdigung	245
7.	Kostentragung der vertrauensärztlichen Untersuchung	245
B.	Datenerhebung des Vertrauensarztes	247
1.	Problemstellung	247
2.	Weisungsbefugnis des Arbeitgebers	248
3.	Mögliche Informationsquellen	252
4.	Betriebs-/Fabrik- und Werkarzt	256
a.	Übersicht	256
b.	Rechtliche Grundlagen	256
c.	Aufgabenbereich	257
d.	Qualifikation	259
e.	Datenerhebung und Verarbeitung	261
C.	Weitergabe der Daten durch den Vertrauensarzt	261
1.	Problemstellung	261
2.	Befugnis zur Weitergabe der Daten	262
a.	Zusammenspiel der verschiedenen Rechtsgrundlagen	262
b.	Entbindung des Vertrauensarztes vom Berufsgeheimnis	264
3.	Inhalt und Form der Information an den Arbeitgeber	267

a. Übersicht	267
b. Form der Information an den Arbeitgeber	267
aa. Schriftliche Information	267
bb. Mündliche Information	268
c. Inhalt der Information an den Arbeitgeber	269
V. Zwischenergebnisse aus dem allgemeinen theoretischen Teil	273
<b>3. Teil: Besonderer praktischer Teil</b>	<b>277</b>
I. Ziel der Untersuchung	277
II. Methode	278
A. Unternehmensumfrage	278
1. Untersuchungsobjekt	278
2. Fragestellung	278
3. Auswahl der Teilnehmer	279
4. Vorgehen	279
B. Experteninterviews	280
1. Untersuchungsobjekt	280
2. Fragestellung	280
3. Auswahl der Teilnehmer und Vorgehen	281
4. Vorgehen	281
III. Resultate	282
A. Auswertung der Umfrage	282
B. Auswertung der Interviews	300
1. Wahrnehmung und Erfahrungen bezüglich Vertrauensärzten	300
2. Vertrauensarzt als sinnvolles Instrument	301
3. Regelungsbedarf	303
4. Einwendungsmöglichkeiten des Arbeitnehmers	304
5. Spezielle Anliegen zum Thema Vertrauensarzt	305
IV. Ergebnisse des praktischen Teils	305
<b>4. Teil: Zusammenfassung und Empfehlungen</b>	<b>309</b>
I. Gegenüberstellung der theoretischen und praktischen Ergebnisse	309
II. Empfehlungen für die Praxis	312
A. Empfehlungen an den Arbeitgeber	312
B. Empfehlungen an den Arbeitnehmer	314
C. Empfehlungen an den Vertrauensarzt	315
<b>Anhänge</b>	<b>317</b>
Anhang 1: Anleitung zur Bestellung eines Vertrauensarztes	317
Anhang 2: Musterklauseln für EAV	318
Anhang 3: Musterklauseln für GAV	319
Anhang 4: Mustervertrag Arbeitgeber – Vertrauensarzt	320

Anhang 5:	Einladung zur Mitarbeiterinformation	324
Anhang 6:	Merkblatt Krankheit, Unfall und Vertrauensarzt	325
Anhang 7:	Prüfschema für den Arbeitgeber	328
Anhang 8:	Prüfschema für den Arbeitnehmer	329
Anhang 9:	Muster einfaches Arztzeugnis	330
Anhang 10:	Muster Arbeitsplatzbeschreibung	331
Anhang 11:	Muster detailliertes Arztzeugnis	332
Anhang 12:	Musterschreiben Aufforderung zur Konsultation	334
Anhang 13:	Musterschreiben erste Mahnung	335
Anhang 14:	Musterschreiben zweite Mahnung	336
Anhang 15:	Muster Entbindung von der ärztlichen Schweigepflicht	337
Anhang 16:	Checkliste zulässiger Fragen an den Vertrauensarzt	338
Anhang 17:	Fragebogen	340
Anhang 18:	Interviewpartner und Interviewleitfaden	343
<b>Sachregister</b>		<b>345</b>

---

# Zusammenfassung

In der Praxis treten immer wieder Unsicherheiten im Zusammenhang mit privatrechtlichen Vertrauensärzten auf. Insbesondere herrscht bei Arbeitgebern Unklarheit darüber, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um einen Vertrauensarzt beiziehen zu können. Auch für die Arbeitnehmer fehlen Hilfestellungen aus Lehre und Rechtsprechung, wie sie sich zu verhalten haben, wenn sie sich mit der Forderung einer vertrauensärztlichen Untersuchung konfrontiert sehen. Unsicherheiten bestehen sodann auch für die Vertrauensärzte. Häufig ist den Ärzten nicht klar, was genau der Arbeitgeber von ihnen erwartet.

Die Pflicht des Arbeitnehmers zur Konsultation eines Vertrauensarztes kann grundsätzlich aus der Treuepflicht hergeleitet werden. Eine vertragliche Grundlage ist nicht notwendig. Für die Zulässigkeit einer vertrauensärztlichen Untersuchung sind jedoch bestimmte Voraussetzungen zu erfüllen. Die Arbeitnehmer können zudem in beschränktem Ausmass Einwendungen gegen die Konsultationspflicht geltend machen. Durch eine vertrauensärztliche Untersuchung erlangt der Arbeitgeber grundsätzlich dieselben Informationen, die er auch vom Hausarzt des Arbeitnehmers erhält. Für mehr Informationen ist die Einwilligung des Arbeitnehmers vorausgesetzt.

Gegen 70 % der befragten Unternehmen liessen in der Schweiz in den letzten Jahren mindestens einen Arbeitnehmer vertrauensärztlich untersuchen. Trotz dieses hohen Prozentsatzes herrscht bei Experten Einigkeit darüber, dass eine gesetzliche Regelung des privatrechtlichen Vertrauensarztes nicht zielführend ist. Soll eine Regelung getroffen werden, so ist diese in einem GAV, EAV oder den AAB anzusiedeln. Die Experten sind sich auch darüber einig, dass im Falle von gesundheitlich begründeten Abwesenheiten die Kommunikation zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer von zentraler Bedeutung ist. Uneinigkeit herrscht jedoch darin, wann und wie das Instrument des Vertrauensarztes zur Anwendung kommen soll.

Weder Judikatur noch Literatur bieten umfassende Antworten zu den Fragen im Zusammenhang mit dem privatrechtlichen Vertrauensarzt, so dass bei jedem gewählten Vorgehen Unsicherheiten bezüglich deren Rechtmässigkeit bestehen. Die vorliegende Arbeit soll diese Lücke schliessen und theoretisch fundierte, nützliche Hilfestellungen für praktische Probleme in Form von Musterklauseln für GAV und EAV zur Implementierung eines Vertrauensarztes, einen Musterrahmenvertrag zwischen Arbeitgeber und Vertrauensarzt, Musteraufforderungen zur Konsultation eines Vertrauensarztes, Checklisten zur Prüfung der Voraussetzungen der Rechtmässigkeit einer vertrauensärztlichen Untersuchung, eine Checkliste mit den nötigen Inhalten eines vertrauensärztlichen Berichts etc. bereitstellen.



---

## Résumé

Il y a certaines incertitudes dans la pratique quant aux médecins-conseil du droit privé. En particulier, les employeurs ne connaissent pas les conditions qui doivent être remplies pour qu'on puisse consulter un médecin-conseil. Faute d'aide par jurisprudence et doctrine pertinentes, les travailleurs ne savent pas comment agir en face à une invitation à un examen par un médecin-conseil. En outre, des incertitudes existent aussi pour les médecins-conseil. Souvent, les médecins ne savent pas exactement ce que les employeurs s'attendent d'eux.

L'obligation de l'employé de consulter un médecin-conseil est en principe dérivée de l'obligation de fidélité. Une base contractuelle n'est donc pas nécessaire. Un examen par un médecin-conseil n'est pourtant admissible que si certaines conditions sont satisfaites. Du reste, les employés peuvent – dans certaines limites – faire des objections contre l'obligation de consultation. L'employeur reçoit en principe les mêmes informations d'un examen par un médecin-conseil qu'un médecin de famille lui fournirait au sujet de l'employé. Pour acquérir plus d'informations il lui faut une autorisation de la part de l'employé.

Jusqu'à 70% des entreprises en Suisse qui ont répondu à l'enquête affirment d'avoir ordonné à au moins un de leur employés de se faire examiner par un médecin-conseil. Malgré ce taux élevé, les experts sont unanimes en estimant que la soumission du médecin-conseil de droit privé à un régime légal spécifique n'atteindra pas son objectif. Si une réglementation est souhaitée, celle-ci devrait plutôt être incorporée dans une CCT, un contrat de travail individuel ou des conditions générales de travail. En outre, les experts soulignent l'importance de la communication entre l'employeur et l'employé dans les cas d'absences pour raisons de santé. Ils sont par contre partagés quant aux conditions sous lesquelles l'instrument du médecin-conseil devrait être appliqué.

Ni jurisprudence ni doctrine donnent des réponses satisfaisantes aux questions par rapport au médecin-conseil du droit privé. De ce fait, il restent des incertitudes concernant la licéité des différentes démarches et approches choisies. De ce chef, cet ouvrage vise à combler la lacune en fournissant des solutions pratiques fondées sur la théorie en forme de clauses modèle pour les CCT et les contrats de travail individuel pour la mise en place d'un système de médecin-conseil, un accord cadre modèle entre employeur et médecin-conseil, des invitations modèles à une consultation d'un médecin-conseil, des listes de récapitulation pour le contrôle de légalité d'un examen par un médecin-conseil, une liste de récapitulation comprenant les contenus nécessaires pour un rapport de médecin-conseil etc.



---

## Abstract

Under Swiss private law there is no concept of a medical consultant. Furthermore, it is usually used in a social insurance context. Target of this thesis is the holistic discussion of judicial subjects around the medical consultant in private law and answering the corresponding questions. The paper is made up of a theoretical part which includes an analysis of the current adjudication and literature as well as a discussion of legal questions. This part is supplemented by two surveys. One survey covers the practical use and the management of medical consultants in various companies, the other one interrogates experts who work with medical consultants in different areas to include various perspectives. The thesis results in guidelines how to rightfully deal with related questions as an employer, employee or medical consultant, including what to do in cases of resistance. For this purpose the thesis is complemented with a list of recommendations, check lists and model contracts.



---

# Abkürzungsverzeichnis

a.M.	anderer Meinung
AAB	Allgemeine Anstellungsbedingungen
AB	Amtliches Bulletin
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AJP/PJA	Aktuelle Juristische Praxis (St. Gallen/Lachen)
ArbGer	Arbeitsgericht
ArbR	Mitteilungen des Schweizerischen Instituts für Arbeitsrecht (Zürich/Basel/Genf)
ArG	Bundesgesetz vom 13. März 1964 über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz; SR 822.11)
ArGV 1	Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz vom 10. Mai 2000 (SR 822.111)
ArGV 3	Verordnung 3 zum Arbeitsgesetz vom 18. August 1993 (Gesundheitsvorsorge, SR 822.113)
ArGV 5	Verordnung 5 zum Arbeitsgesetz vom 28. September 2007 (Jugendarbeitsschutzverordnung, SR 822.115)
Art.	Artikel
ARV	Zeitschrift für Arbeitsrecht und Arbeitslosenversicherung
AS	Amtliche Sammlung
ASA	Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit
ATSG	Bundesgesetz über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG; SR 830.1)
Aufl.	Auflage
AVB	Allgemeine Versicherungsbedingungen

## Abkürzungsverzeichnis

---

AVIG	Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz; SR 837.0)
AVIV	Verordnung über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung vom 31. August 1983 (Arbeitslosenversicherungsverordnung; SR 837.02)
BAK	Basler Kommentar
BAK-DSG	Basler Kommentar zum schweizerischen Datenschutzgesetz (DSG)
BBl	Bundesblatt
Bd.	Band
BEK	Berner Kommentar
BFS	Bundesamt für Statistik
BGE	Entscheid des Schweizerischen Bundesgerichtes, amtliche Sammlung
BJM	Basler Juristische Mitteilungen (Basel)
bspw.	beispielsweise
CR	Commentaire romand
CT	Computertomografie
d.h.	das heisst
Diss.	Dissertation
DSG	Bundesgesetz vom 19. Juni 1992 über den Datenschutz (Datenschutzgesetz; SR 235.1)
E.	Erwägung
EASA	European Aviation Safety Agency
EDÖB	Eidgenössischer Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragter
EDÖK	Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitskommission
EDSB	Eidgenössischer Datenschutzbeauftragter
EDSK	Eidgenössische Datenschutzkommission
EEG	Elektroenzephalografie

---

EKAS	Eidgenössische Koordinationskommission für Arbeitssicherheit
f./ff.	folgend/folgende
FAA-HSG	Forschungsinstitut für Arbeit und Arbeitsrecht der Universität St.Gallen
FMH	Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (Foederatio Medicorum Helveticorum)
Fn.	Fussnote
FS	Festschrift
FZR	Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung
GAV	Gesamtarbeitsvertrag
GesKR	Zeitschrift für Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht
gl.M.	gleicher Meinung
GSGer BS	Gewerbliches Schiedsgericht Basel Stadt
GUMG	Bundesgesetz über genetische Untersuchungen beim Menschen (SR 810.12)
GVP	Gerichts- und Verwaltungspraxis des Kantons Zug
HIV	Humanes Immundefizienz-Virus
Hrsg.	Herausgeber
i.d.R.	in der Regel
i.e.S.	im engeren Sinne
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
ILO	International Labour Organization
insb.	insbesondere
IPRG	Bundesgesetz vom 18. Dezember 1987 über das Internationale Privatrecht (SR 291)
IV	Invalidenversicherung
KS	Kreisschreiben

KV	Krankenversicherung
KVG	Bundesgesetz über die Krankenversicherung (SR 832.10)
KVV	Verordnung über die Krankenversicherung (SR 832.102)
lit.	litera
m.E.	meines Erachtens
m.V.a.	mit Verweis auf
m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
MedBG	Bundesgesetz über die universitären Medizinalberufe vom 23. Juni 2006 (Medizinalberufegesetz, SR 811.11)
MRI	Magnetresonanztomografie
N	Note
NAV	Normalarbeitsvertrag
NR	Nationalrat
Nr.	Nummer
OGer	Obergericht
OR	Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht; SR 220)
RFP	Reglement des UVEK über die Ausweise für Flugpersonal
Rz.	Randziffer
S.	Seite(n)
SAV	Schweizerischer Arbeitgeberverband
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
SGK	St. Galler Kommentar
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung (Zürich)
sog.	sogenannt
SR	Ständerat

---

StaO	Standesordnung
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch (SR 311.0)
SVR	Sozialversicherungsrecht – Rechtsprechung (Zeitschrift, Helbling Lichtenhahn Verlag, Olten)
SVV	Schweizerischer Versicherungsverband
SZW	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzmarktrecht
u.a.	unter anderem
u.U.	unter Umständen
usw.	und so weiter
UVG	Bundesgesetz vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung (SR 832.20)
UVV	Verordnung vom 20. Dezember 1982 über die Unfallversicherung (SR 832.202)
VDSG	Verordnung Datenschutzgesetz
VersGer	Versicherungsgericht
vgl.	vergleiche
Vorbem.	Vorbemerkungen zu
VPB	Verwaltungspraxis der Bundesbehörden (Bern)
VTE	Verordnung des UVEK über die Zulassung zum Führen von Triebfahrzeugen der Eisenbahnen (SR 742.141.21)
VUV	Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten vom 19. Dezember 1983 (Verordnung über die Unfallverhütung, SR 832.30)
VVG	Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz; SR 221.229.1)
VZV	Verordnung über die Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr (Verkehrszulassungsverordnung; SR 741.51)
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil

## Abkürzungsverzeichnis

---

ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 201)
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZK	Zürcher Kommentar
ZZZ	Schweizerische Zeitschrift für Zivilprozess-und Zwangsvollstreckungsrecht

---

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Involvierte Parteien	20
Abbildung 2: Umfrageergebnisse der Frage 1	283
Abbildung 3: Umfrageergebnisse der Frage 2	284
Abbildung 4: Umfrageergebnisse der Frage 3	285
Abbildung 5: Umfrageergebnisse der Frage 4	286
Abbildung 6: Umfrageergebnisse der Frage 5	287
Abbildung 7: Umfrageergebnisse der Frage 6	288
Abbildung 8: Umfrageergebnisse der Frage 7	289
Abbildung 9: Umfrageergebnisse der Frage 8	290
Abbildung 10: Umfrageergebnisse der Frage 9	291
Abbildung 11: Umfrageergebnisse der Frage 10	292
Abbildung 12: Umfrageergebnisse der Frage 11	293
Abbildung 13: Umfrageergebnisse der Frage 12	294
Abbildung 14: Umfrageergebnisse der Frage 13	295
Abbildung 15: Umfrageergebnisse der Frage 14	296
Abbildung 16: Umfrageergebnisse der Frage 15	297
Abbildung 17: Umfrageergebnisse der Frage 16	299
Abbildung 18: Liste der interviewten Experten	344



---

# Literaturverzeichnis

- AEBI-MÜLLER REGINA, Die «Persönlichkeit» im Sinne von Art. 28 ZGB, in: Geiser Thomas/Koller Thomas/Reusser Ruth/Walter Hans Peter/Wiegand Wolfgang, Privatrecht im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichem Wandel und ethischer Verantwortung – Beiträge zum Familienrecht, Erbrecht, Persönlichkeitsrecht, Haftpflichtrecht, Medizinalrecht und allgemeinen Privatrecht, Festschrift für Heinz Hausheer zum 65. Geburtstag, Bern 2002. (Zit. AEBI-MÜLLER, 2002).
- AEBI-MÜLLER REGINA, Personenbezogene Information im System des zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutzes – Unter besonderer Berücksichtigung der Rechtslage in der Schweiz und in Deutschland, Bern 2005. (Zit. AEBI-MÜLLER, 2005).
- ALBRECHT PETER, Rechtsgutachten zur Strafbarkeit der Verletzung des ärztlichen Berufsgeheimnisses, HAVE 1/2004, S. 60 ff.
- AMSTUTZ MARC/MORIN ARIANE/SCHLUEP WALTER R., in: Honsell Heinrich/Vogt Nedim Peter/Wiegand Wolfgang (Hrsg.), Basler Kommentar, Obligationenrecht I, 5. Aufl., Basel 2011.
- AUBERT GABRIEL, in: Thévenoz Luc/Werro Franz (Hrsg.), Commentaire romand, Code des Obligations I, Genf 2003.
- AUBERT GABRIEL, Le droit au salaire en cas d'empêchement de travailler, Journée 1991 de droit du travail et de la sécurité sociale, Zürich 1991, S. 81-142. (Zit. AUBERT, 1991).
- AUBERT GABRIEL, La protection des données dans les rapports de travail, Journée 1991 de droit du travail et de la sécurité sociale, Zürich 1999, S. 145-191. (Zit. AUBERT, 1995).
- BAUMGARTEN MARK-OLIVER, The right to die?, Diss. Basel, Basel 1995.
- BELSER EVA MARIA, Freiheit und Gerechtigkeit im Vertragsrecht, Diss. Freiburg, Freiburg 2000. (Zit. BELSER E., 2000).
- BELSER URS, Das Recht auf Auskunft, die Transparenz der Datenbearbeitung und das Auskunftsverfahren, in: Schweizer Rainer J. (Hrsg.), Das neue Datenschutzgesetz des Bundes, Referate der Tagung der Hochschule St. Gallen vom 15. Oktober und 13. November 1992, Zürich 1993, S. 55-65. (Zit. BELSER U., 1993).
- BERGER KURZEN BRIGITTE, E-Health und Datenschutz, Diss. Zürich, Zürich/Basel/Genf 2004.
- BERNI MARKUS, in Baker & McKenzie (Hrsg.), Schweizerische Zivilprozessordnung (ZPO), Stämpfli Handkommentar, Bern 2010. (Zit. BERNI, Handkommentar).

- BERTRAND DOMINIQUE/DUMOULIN JEAN-FRANÇOIS/LA HARPE ROMANO/UMMEL MARINETTE, Médecin et droit médical – Présentation et résolution de situations médico-légales, 3. Aufl., Chêne-Bourg 2009.
- BIRK ROLF, Die arbeitsrechtliche Leitungsmacht, Köln/Berlin/München 1973.
- BISCHOF SEVERIN/SCHWEIZER RAINER J., Der Begriff der Personendaten, DIGMA 2011, S. 152-159.
- BLECHTA GABOR P., in: Maurer-Lambrou Urs/Blechta Gabor P. (Hrsg.), Kommentar zum schweizerischen Datenschutzgesetz / Öffentlichkeitsgesetz, 3. Aufl., Basel 2014. (Zit. BLECHTA, BAK).
- BOLIER GERTRUD E., Leitfaden schweizerische Sozialversicherung, 8. Aufl., Wädenswil 2003.
- BOOG MARKUS, in: Niggli/Wiprächtiger (Hrsg.), Basler Kommentar, Strafrecht II, Art. 111-392 StGB, 3. Aufl., Basel 2013. (Zit. BOOG, BAK).
- BRAND DANIEL/DÜRR LUZIUS/GUTKNECHT BRUNO/PLATZER PETER/SCHNYDER ADRIAN/STÄMPFLI CONRAD/WANNER ULRICH, Der Einzelarbeitsvertrag im Obligationenrecht: Kommentar zu den Artikeln 319-346a, 361/362, Schweizerischer Gewerbeverband (Hrsg.), Bern 1991. (Zit. BRAND et al., Kommentar SGV).
- BREHM ROLAND, Les droits du tiers assuré dans l'assurance «occupants d'automobile» en cas de faute grave du preneur, SJZ 60/1964, S. 68 ff.
- BRÜHWILER JÜRIG, Kommentar zum Einzelarbeitsvertrag, 2. Aufl., Bern 1996.
- BRÜHWILER-FRÉSEY LUKAS S., Das Berufsrecht des Spitalarztes, in: Honsell Heinrich (Hrsg.), Handbuch des Arztrechts, Zürich 1994, S. 277 ff. (Zit. BRÜHWILER-FRÉSEY, 1994).
- BRÜHWILER-FRÉSEY LUKAS S., Medizinischer Behandlungsvertrag und Datenrecht, Zürich 1996. (Zit. BRÜHWILER-FRÉSEY, 1996).
- BRUNNER CHRISTIANE/BÜHLER JEAN-MICHEL/WAEBER JEAN-BERNARD/BRUCHEZ CHRISTIAN, Commentaire du contrat de travail, in: SGB Schweizerischer Gewerkschaftsbund (Hrsg.), Documents de l'Union syndicale suisse, 3. Aufl., Lausanne 2004. (Zit. BRUNNER/BÜHLER/WAEBER/BRUCHEZ, 2004).
- BRUNNER CHRISTIANE/BÜHLER JEAN-MICHEL/WAEBER JEAN-BERNARD/BRUCHEZ CHRISTIAN, Kommentar zum Arbeitsvertragsrecht, 3. Aufl., Basel/Genf/München 2005. (Zit. BRUNNER/BÜHLER/WAEBER/BRUCHEZ, 2005).
- BRUNNER STEPHAN C., Zur Aufzeichnung von Telefongesprächen aus datenschutzrechtlicher Sicht, medialex 2004, S. 128 ff.
- BUCHER ANDREAS, Natürliche Personen und Persönlichkeitsschutz, 4. Aufl., Basel 2009. (Zit. BUCHER A., S.).

- BUCHER EUGEN, Schweizerisches Obligationenrecht, Allgemeiner Teil ohne Deliktsrecht, 2. Aufl., Zürich 1988. (Zit. BUCHER, S.).
- BUCHER EUGEN, in: Honsell Heinrich/Vogt Nedim Peter/Wiegand Wolfgang (Hrsg.), Basler Kommentar, Obligationenrecht I, 5. Aufl., Basel 2011. (Zit. BUCHER, BAK).
- BÜCHLER ANDREA/HOTZ SANDRA, Medizinische Behandlung, Unterstützung und Begleitung Jugendlicher in Fragen der Sexualität – Ein Beitrag zur Selbstbestimmung Jugendlicher im Medizinrecht, AJP/PJA 2010, S. 565-581.
- BÜHLER ROLAND, in: Kren Kostkiewicz Jolanta/Nobel Peter/Schwander Ivo/Wolf Stephan (Hrsg.), Schweizerisches Obligationenrecht, OR Handkommentar (Navigator.ch), 2. Aufl., Zürich 2009. (Zit. BÜHLER, OR Handkommentar).
- BÜHLER THEODOR, Der Werkvertrag – Art. 363-379 OR, in: Gauch Peter/Schmid Jörg (Hrsg.), Zürcher Kommentar zum schweizerischen Zivilrecht, Teilband V 2d, 3. Aufl., Zürich 1998.
- BUSCHOR FELIX, Krankheits- und Unfallabsenzen aus der Sicht der Ärzte, Referat zum Anlass des Arbeitgeberverbandes Rheintal vom 27.01.2005, abrufbar unter: [www.agv-rheintal.ch/projekte/upload/referat\\_buschor.pdf](http://www.agv-rheintal.ch/projekte/upload/referat_buschor.pdf), zuletzt besucht am 1. Oktober 2013.
- CARRUZZO PHILIPPE, Le contrat individuel de travail – Commentaire des articles 319 à 341 du Code des obligations, Zürich 2009.
- CHRISTEN THOMAS, Vermögensverwaltungsauftrag an die Bank, BJM 1994, S. 113-134.
- CORBOZ BERNARD, Le secret professionnel de l’avocat selon l’art. 321 CP, Sem.jud. 1993, S. 77 ff.
- COTTI LUKAS, Das vertragliche Konkurrenzverbot – Voraussetzungen, Wirkungen, Schranken, Diss. Freiburg, Freiburg 2001.
- CRAMER CONRADIN, Persönlichkeitsschutz und Medienfreiheit – Vorschläge für eine Güterabwägung nach kontextbezogenen Fallgruppen, BJM 3/2008, S. 121-146.
- CRETTAZ JOEL, De l’inexécution des obligations contractuelles du médecin: quelques aspects, Diss. Lausanne, Tolchenaz 1990.
- DANTHE MARIE-GISÈLE, in: Dunand Jean-Philippe/Mahon Pascal (Hrsg.), Commentaire du contrat de travail, Bern 2013.
- DERENDINGER PETER, Die Nicht- und die nichtrichtige Erfüllung des einfachen Auftrages, 2. Aufl., Freiburg 1990.
- DEVAUD CORALIE, L’Information en droit médical, étude de droit suisse, Diss. Lausanne, Zürich/Basel/Genf 2009.

- DIETSCH PETER, Das unwahre ärztliche Zeugnis nach Art. 318 StGB, Diss. Bern, Zürich 1983.
- DORJEE-GOOD ANDREA, Das Anwaltsgeheimnis ist auch gegenüber den Erben des Klienten zu wahren – BGE 135 III 597, successio 2010, S. 299-307.
- DÖRR BIANKA S. in: Böhler Andrea/Jakob Dominique, Kurzkommentar Schweizerisches Zivilgesetzbuch, Kurzkommentar, Basel 2012.
- DUC JEAN-LOUIS, les assurances sociales en Suisse, Lausanne 1995.
- DUC JEAN-LOUIS, Commentaire d'un arrêt du Tribunal fédéral des assurances du 30 août 1999 (ATF 125 V 292), AJP/PJA 2000, S. 734-735.
- DUC JEAN-LOUIS/SUBILIA OLIVIER, Quelques réflexions à propos de l'article 324a CO, AJP/PJA 2001, S. 1021-1027.
- DUNAND JEAN-PHILIPPE, in: Dunand Jean-Philippe/Mahon Pascal (Hrsg.), Commentaire du contrat de travail, Bern 2013.
- DÜRR KARL, Kommentar zum KUVG, 3. Aufl., Bern 1954.
- EGLI HANS-PETER, Der zeitliche Kündigungsschutz, ArbR 1998, S. 115-151.
- EGLI HANS-PETER, Lohnfortzahlung und Versicherungsschutz gemäss Art. 324a OR, AJP/PJA 2000, S. 1064-1078.
- EGLI HANS-PETER, Der Beweis der Arbeitsunfähigkeit – Probleme mit Arztzeugnissen, Entscheide des Arbeitsgerichts Zürich 2008, Zürich 2009. (Zit. EGLI, Entscheide 2008).
- EGLI HERMANN, Die rechtliche Stellung des Arztes in der Krankenversicherung nach dem Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung vom 13. Juni 1911, Bern 1939.
- EICHENBERGER THOMAS/MARTI MARIO, Recht für Ärzte – Einführung in die Grundlagen – Gesundheitsrecht für Ärzte, Bern/Stuttgart/Wien 2004.
- EISNER BEAT, Die Aufklärungspflicht des Arztes – Rechtslage in Deutschland, der Schweiz und den USA, Diss. Basel, Bern/Göttingen/Toronto/Seattle 1992.
- ERNI TONI, Die Entwicklung des schweizerischen Kranken- und Unfallversicherungswesens – dargestellt anhand der Schaffung und Entwicklung des KUVG, Freiburg 1980.
- EUGSTER GEBHARD, Der Vertrauensarzt im Streit über Krankenversicherungsleistungen, in: Schaffhauser René/Schlauri Franz (Hrsg.), Medizin und Sozialversicherung im Gespräch, St. Gallen 2006, S. 123-154. (Zit. EUGSTER, 2006).

- EUGSTER GEBHARD, Bundesgesetz über die Krankenversicherung, Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Sozialversicherungsrecht, Zürich/Basel/Genf 2010. (Zit. EUGSTER, 2010).
- FAVRE CHRISTIAN/MUNOT CHARLES/TOBLER ROLF A., Le contrat de travail – code annoté de la jurisprudence fédérale et cantonale, 2. Aufl., Lausanne 2010.
- FELLMANN WALTER, Der einfache Auftrag – Art. 394-406 OR, in: Hausheer Heinz (Hrsg.), Berner Kommentar, Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Bd. VI, 2. Abteilung, 4. Teilband, 4. Aufl., Bern 1992. (Zit. FELLMANN, BEK).
- FELLMANN WALTER, Die Haftung des Arztes und des Spitals, Fragen und Entwicklungen im Recht der Arzt- und Spitalhaftung, Referate der Tagung vom 26. November 2002 in Luzern, in: Fellmann Walter/Poledna Thomas (Hrsg.), Forum Gesundheitsrecht, Bd. 7, Zürich 2003. (Zit. FELLMANN, 2003).
- FELLMANN WALTER, in: Kuhn Moritz W./Poledna Tomas (Hrsg.), Arztrecht in der Praxis, 2. Aufl., Zürich 2007. (Zit. FELLMANN, 2007).
- FINK CLAUDIA, Aufklärungspflicht von Medizinalpersonen (Arzt, Zahnarzt, Tierarzt, Apotheker), Diss. St. Gallen, St. Gallen 2008.
- FLEISCHER OTTMAR, Die formellen und materiellen Voraussetzungen der für den Arbeitgeber bestimmten Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung nach § 3 Lohnfortzahlungsgesetz, Diss. Erlangen-Nürnberg, Aschaffenburg 1984.
- FREI BERNHARD, Der Persönlichkeitsschutz des Arbeitnehmers nach OR Art. 328 Abs. 1 unter besonderer Berücksichtigung des Personaldatenschutzes, Diss. Zürich, Zürich 1982.
- FURRER ANDREAS/MÜLLER-CHEN MARKUS, Obligationenrecht - Allgemeiner Teil, litera B, Zürich/Basel/Genf 2008.
- GÄCHTER THOMAS, Sozialversicherungsrecht, Allgemeiner Teil, Bern 2007.
- GATTIKER MONIKA, Die Widerrechtlichkeit des ärztlichen Eingriffs nach schweizerischem Zivilrecht, Zürcher Studien zum Privatrecht, Bd. 150, Diss. Zürich, Zürich 1999.
- GAUCH PETER, Art. 404 OR – Sein Inhalt, seine Rechtfertigung und die Frage seines zwingenden Charakters, recht 1992, S. 9 ff. (Zit. GAUCH, 1999).
- GAUCH PETER, Der Werkvertrag, 5. Aufl., Zürich 2011. (Zit. GAUCH, 2011).
- GAUCH PETER/SCHLUEP WALTER R./EMMENEGGER SUSAN, Schweizerisches Obligationenrecht, Allgemeiner Teil ohne ausservertragliches Haftpflichtrecht, Bd. II, 9. Aufl., Zürich 2008.
- GAUCH PETER/SCHLUEP WALTER R./SCHMID JÖRG, Schweizerisches Obligationenrecht, Allgemeiner Teil ohne ausservertragliches Haftpflichtrecht, Bd. I, 9. Aufl., Zürich 2008.

- GEHRER CAROLE/GIGER GION, in: Huguenin Claire/Müller-Chen Markus/Girsberger Daniel, Handkommentar zum Schweizer Privatrecht - Vertragsverhältnisse Teil 2: Arbeitsvertrag, Werkvertrag, Auftrag, GoA, Bürgschaft – Art. 319-529 OR, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2012. (Zit. GEHRER/GIGER, Handkommentar zum Schweizer Privatrecht).
- GEISER THOMAS, Die Treuepflicht des Arbeitnehmers und ihre Schranken, Diss. Basel, Bern 1983. (Zit. GEISER, 1983).
- GEISER THOMAS, Die Persönlichkeitsverletzung insbesondere durch Kunstwerke, Basel 1990. (Zit. GEISER, 1990).
- GEISER THOMAS, Kündigungsschutz bei Krankheit, AJP/PJA 1996, S. 550-558.
- GEISER THOMAS, Neue Arbeitsvertragsformen zwischen Legalität und Illegalität, in: Murer Erwin (Hrsg.), Neue Erwerbsformen – veraltetes Arbeits- und Sozialversicherungsrecht?, Bern 1996, S. 43-90. (Zit. GEISER, 1996).
- GEISER THOMAS, Rechtsfragen der sexuellen Belästigung und des Mobbings, ZBJV 2001, S. 429-453.
- GEISER THOMAS, Fragen im Zusammenhang mit der Lohnfortzahlungspflicht bei Krankheit, AJP/PJA 2003, S. 323-334.
- GEISER THOMAS, Überwachung am Arbeitsplatz - Arbeits- und datenschutzrechtliche Rahmenbedingungen bei der Überwachung der Arbeitnehmer durch die Arbeitgeberin, DIGMA 2004, S. 98-101.
- GEISER THOMAS, Arbeitsrechtliche Fragen bei Umweltkatastrophen, ZBJV 142/2006, S. 174-180.
- GEISER THOMAS, Betriebs- bzw. arbeitsärztlicher Dienst und Datenschutz, in: Guillod Olivier, IDS (Hrsg.), Santé et travail – 14<sup>e</sup> Journée de droit de la santé, Zürich/Basel/Genf 2008. (Zit. GEISER, 2008).
- GEISER THOMAS, Arztzeugnisse zur Bestätigung der Arbeitsunfähigkeit – Zwischen Informationsbedürfnissen und Datenschutz, in: Wiegand Wolfgang/Koller Thomas/Walter Hans Peter (Hrsg.), Tradition mit Weitsicht – Festschrift für Eugen Bucher zum 80. Geburtstag, Bern 2009. (Zit. GEISER, 2009).
- GEISER THOMAS, Arbeitsrechtliche Rechtsprechung 2010, AJP/PJA 2010, S. 243-252.
- GEISER THOMAS, Interne Untersuchungen des Arbeitgebers: Konsequenzen und Schranken, AJP/PJA 2011, S. 1047-1056.
- GEISER THOMAS, Rechtsprechung zum Arbeitsrecht 2012, AJP/PJA 2013, S. 437-449.
- GEISER THOMAS/MÜLLER ROLAND, Arbeitsrecht in der Schweiz, 2. Aufl., Bern 2012.
- GLANZMANN-TARNUTZER LUCREZIA, Der Beweiswert medizinischer Erhebungen im Zivil-, Straf- und Sozialversicherungsprozess, AJP/PJA 2005, S. 73-81.

- GLOOR WERNER, Mutterschaft, Kündigungsschutz, Lohnfortzahlung, in: Rehbinder Manfred, Mitteilungen des Instituts für Schweizerisches Arbeitsrecht, ArbR 1992, S. 55-80.
- GNAEGI PHILIPPE, Le droit du travailleur au salaire en cas de maladie, Diss. Neuenburg, Zürich 1996.
- GONZENBACH RAINER/ZELLWEGER-GUTKNECHT CORINNE, in: Honsell Heinrich/Vogt Nedim Peter/Wiegand Wolfgang (Hrsg.), Basler Kommentar, Obligationenrecht I, 5. Aufl., Basel 2011.
- GRAMIGNA RALPH/MAURER-LAMBROU URS, in: Maurer-Lambrou Urs/Blechta Gabor P. (Hrsg.), Kommentar zum schweizerischen Datenschutzgesetz / Öffentlichkeitsgesetz, 3. Aufl., Basel 2014. (Zit. GRAMIGNA/MAURER-LAMBROU, BAK).
- GREMPER PHILIPP, Arbeitsrechtliche Aspekte der Ausübung verfassungsmässiger Rechte, Diss. Basel, Basel 1993.
- GRONER ROGER, Beweisrecht – Beweise und Beweisverfahren im Zivil- und Strafrecht, Bern 2011.
- GROSS HAWK BEATRICE, Selbständige nichtärztliche Medizinalpersonen in der freien Praxis – wie viel Freiheit belässt ihnen das Krankenversicherungsrecht?, Schriften zum Sozialversicherungsrecht Bd. 19, Diss. Zürich, Zürich 2008.
- GROSS JOST, Haftung für medizinische Behandlung – im Privatrecht und im öffentlichen Recht der Schweiz, Bern 1987.
- GUHL THEO/KOLLER ALFRED, in: Guhl Theo, Das Schweizerische Obligationenrecht, bearbeitet von Koller Alfred (§§1-47), Schnyder Anton K. (§§ 48-58) und Druey Jean Nicolas (§§ 59-89), 9. Aufl., Zürich 2000.
- GUILLOD OLIVER, Secret médical et rapports de travail, Journée 1997 de droit du travail et de la sécurité sociale, Zürich 1999.
- HAAS RAPHAËL, Die Einwilligung in eine Persönlichkeitsverletzung nach Art. 28 Abs. 2 ZGB, Diss. Luzern, Zürich 2007.
- HANDELSZEITUNG, Die grössten Unternehmen der Schweiz, gefunden am 14. April 2013 unter: «<http://www.segmentas.ch/hm/753/de/Top-Listen.htm?SEGMENTAS=f1f4dfa077df477f42192dc0cc44842d>», Stand am 27. Juni 2012. (Zit. HANDELSZEITUNG, Die grössten Unternehmen der Schweiz).
- HASENBÖHLER FRANZ, in: Sutter-Somm Thomas/Hasenböhler Franz/Leuenberger Christoph (Hrsg.), Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO), Zürich/Basel/Genf 2013. (Zit. HASENBÖHLER, Kommentar ZPO).
- HAUSHEER HEINZ/AEBI-MÜLLER REGINA, Die privatrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichts im Jahr 2001 - Veröffentlicht in Band 127 - Personenrecht und Erbrecht, ZBJV 2002, S. 793-813.

- HAUSHEER HEINZ/AEBI-MÜLLER REGINA, Persönlichkeitsschutz und Massenmedien – Eine Darstellung der aktuellen privatrechtlichen Ausgangslage, recht 4/2004, S. 129-150.
- HAUSHEER HEINZ/AEBI-MÜLLER REGINA, Das Personenrecht des Schweizerischen Zivilgesetzbuches, 2. Aufl., Bern 2008. (Zit. HAUSHEER/AEBI-MÜLLER, Rz.).
- HEITKAMP WILHELM, Rechtsfragen der Bewerbung, Diss. Zürich, Zürich 1986.
- HEIZ ROMAN, Das Arbeitsverhältnis im Konzern – Ausgewählte individualarbeitsrechtliche Aspekte, Diss. St. Gallen, St. Gallen 2004.
- HENSCH ANGELA, Arbeitsrechtliche Fragen der spitalexternen Krankenpflege, Pflegegerecht 2012, S. 11-27.
- HÖCHLI LORENZ, Das Anwaltshonorar, Diss. Zürich, Zürich 1991.
- HOFFMANN-RICHTER ULRIKE/JEGER JÖRG/SCHMIDT HOLGER, Das Handwerk ärztlicher Begutachtung – Theorie, Methodik und Praxis, Stuttgart 2012.
- HOFSTETTER JOSEF, Der Auftrag und die Geschäftsführung ohne Auftrag, Innominatverträge, in: Wolfgang Wiegand (Hrsg.), Schweizerisches Privatrecht, Bd. VII/6, Obligationenrecht Besondere Vertragsverhältnisse, Basel/Genf/München 2000.
- HOMBURGER ERIC, Zwingende Natur des jederzeitigen Widerrufsrechts nach Art. 404 Abs. 1 OR, SZW 63 (1991), S. 35 ff.
- HONSELL HEINRICH, Schweizerisches Obligationenrecht – Besonderer Teil, 9. Aufl., Bern 2010.
- HOTZ KASPAR. E., Zum Problem der Abgrenzung des Persönlichkeitsschutzes nach Art. 28 ZGB, Diss. Zürich, Zürich 1967. (Zit. HOTZ K., S.).
- HOTZ SANDRA, in: Bächler Andrea/Jakob Dominique, Kurzkommentar Schweizerisches Zivilgesetzbuch, Kurzkommentar, Basel 2012. (Zit. HOTZ S., Art.).
- HUGENTOBLER MARKUS, Arbeitgeberschreck Gesundheitscheck, AJP/PJA 2013, S. 1142-1152.
- HUGUENIN CLAIRE, in: Honsell Heinrich/Vogt Nedim Peter/Geiser Thomas (Hrsg.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch I (Art. 1-456 ZGB), 4. Aufl., Basel 2010.
- HÜRLIMANN ROLAND, Der Anwalt als Gutachter, in: Fellmann/Huguenin Jacobs/Poledna/Schwarz (Hrsg.), Schweizerisches Anwaltsrecht, Bern 1998.
- IMBACH HAUMÜLLER DIANA, Whistleblowing - Bestandteil einer effektiven internen Kontrolle, GesKR 2013, S. 71-83.
- JÄGGI PETER, Fragen des privatrechtlichen Schutzes der Persönlichkeit, ZSR 1960 II, S. 133a-261a.

- JANUTIN ERICH, Gesundheit im Arbeitsrecht, Diss. Zürich, Zürich 1991.
- KAISER URS, Die zivilrechtliche Haftung für Rat, Auskunft, Empfehlung und Gutachten, Diss. Bern 1987.
- KÄLIN OLIVER, Das Arzzeugnis als Beweismittel bei arbeitsrechtlichen Streitigkeiten, ZZZ 2006, 335 ff.
- KELLER KARIN, Das ärztliche Berufsgeheimnis gemäss Art. 321 StGB unter besonderer Berücksichtigung der Regelung im Kanton Zürich, Diss Zürich, 1993.
- KIESER UELI, ATSG-Kommentar, 2. Aufl., Zürich 2009. (Zit. KIESER, ATSG-Kommentar).
- KIESER UELI, Taggeldkoordination – ein unbewältigtes Thema, in: Schaffhauser René/Kieser Ueli (Hrsg.), Arbeitsunfähigkeit und Taggeld, Schriftenreihe des Instituts für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis der Universität St. Gallen, Bd. 71, Buttikon 2010. (Zit. KIESER, 2010).
- KOLLER ALFRED, Die Haftung für den Erfüllungsgehilfen nach Art. 101 OR, Schweizer Schriften zum Handels- und Wirtschaftsrecht, Bd. 46, Diss. Freiburg, Zürich 1980. (Zit. KOLLER, 1980).
- KOLLER ALFRED, Der gute und der böse Glaube im allgemeinen Schuldrecht, Freiburg 1985. (Zit. KOLLER, 1985).
- KOLLER ALFRED, Haftung des Arztes aus unterlassener Aufklärung – zur Haftung wegen Verschweigen des bei einer Sterilisation bestehenden Versagerrisiko, AJP/PJA 1997, S. 1197-1204.
- KOLLER ALFRED, Der Werkvertrag – Art. 363-366 OR, in: Hausheer Heinz (Hrsg.), Berner Kommentar, Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Bd. VI, 2. Abteilung, 3. Teilband, 1. Unterteilband, Bern 1998.
- KOLLER ALFRED, Schweizerisches Obligationenrecht – Allgemeiner Teil, 3. Aufl., Bern 2009. (Zit. KOLLER, 2009).
- KRAMER ERNST A., Obligationenrecht – Allgemeiner Teil, Basel 2009.
- KRAUSKOPF PATRICK, Der Vertrag zugunsten Dritter, Diss. Freiburg, Freiburg 1999.
- KRUMBIEGEL KURT, Die schweizerische Sozialversicherung – insbesondere das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz vom 13. Juni 1911 verglichen mit der entsprechenden deutschen Gesetzgebung, Jena 1913.
- KUHN HANSPETER, Dreiecksgeschichten – auch in der Medizin ein Problem – Praktische Fragen im Spannungsfeld ums Arztgeheimnis, insbesondere betreffend Arbeitgeber und Angehörige, in: Aktuelle Rechtsprobleme im Medizinalbereich, Seminar vom 4. März 2003, Universität St. Gallen (HSG), St. Gallen 2003. (Zit. KUHN, 2003).

- KUHN MORITZ, Die rechtliche Beziehung zwischen Arzt und Patient – Kunst- bzw. Behandlungsfehler in: Honsell Heinrich (Hrsg.), Handbuch des Arztrechts, Zürich 1994, S. 21 ff. (Zit. KUHN, 1994).
- KUHN MORITZ W./MÜLLER-STUDER LUKA R./ECKERT MARTIN K., Privatversicherungsrecht – Unter Mitberücksichtigung des Haftpflicht- und des Aufsichtsrechts, 2. Aufl., Zürich 2002.
- KÜNG HANS LEONHARD, Begrüssung zur IX. Arbeitsmedizinischen Gemeinschaftstagung in Schaffhausen, in: IX. Arbeitsmedizinische Gemeinschaftstagung deutschsprechender Betriebs-, Fabrik- und Werksärzte Europas: Schaffhausen, 24.-27. September 1980, Referate, Schaffhausen 1981.
- KUNZ KARL-LUDWIG, Gutachten über rechtliche Fragen im Zusammenhang mit AIDS, Strafrechtlicher Teil, in: Guillod Olivier (Hrsg.), Drei Gutachten über rechtliche Fragen im Zusammenhang mit AIDS, Bern 1991, S. 317 ff.
- LANDOLT HARDY, Pflegerecht, Band II: Schweizerisches Pflegerecht – Eine Darstellung der verfassungs- und bundesrechtlichen Grundlagen des Schweizerischen Pflegerechts unter besonderer Berücksichtigung des privat- und sozialrechtlichen Pflegesicherungssystems sowie des Pflegeschadenersatz- und des Pflegehaftpflichtrechts, Bern 2002.
- LOCHER THOMAS, Grundriss des Sozialversicherungsrechts, 3. Aufl., Bern 2003.
- LOEFFLER WALTHER, Die Haftung des Arztes aus ärztlicher Behandlung, Diss. Zürich, Aarau 1945.
- LONGCHAMP GUY, in: Dunand Jean-Philippe/Mahon Pascal (Hrsg.), Commentaire du contrat de travail, Bern 2013.
- LUGINBÜHL JÜRIG OSKAR/BRÜHLMANN TONI, Arbeitsplatzbezogene Arbeitsunfähigkeit – Eine Problematik an der Schnittstelle von Medizin und Recht, in: Jusletter vom 19. August 2013. (Zit. LUGINBÜHL/BRÜHLMANN, 2013).
- LUGINBÜHL RUDOLF, Krankentaggeldversicherungen – Allgemeiner Überblick und aktuelle Probleme, in: Schaffhauser René/Kieser Ueli (Hrsg.), Arbeitsunfähigkeit und Taggeld, Schriftenreihe des Instituts für Rechtswissenschaft und Rechtspraxis der Universität St. Gallen, Bd. 71, Buttikon 2010.
- MAINARDI-SPEZIALI CARLA, Ärztliche Aufklärungspflichten bei der pränatalen Diagnostik – Die genetische Beratung als vertragliche Leistung des Arztes, Diss. Bern, Bern 1992.
- MANAÏ DOMINIQUE, Les Droits du patient face à la médecine contemporaine, Collection genevoise, Basel/Genf/München 1999.

- MANFRED REHBINDER, Die ärztliche Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung, in: Ivo Schwander/Walter A. Stoffel, Beiträge zum schweizerischen und internationalen Zivilprozessrecht, Festschrift für Oscar Vogel, Fribourg 1991. (Zit. REHBINDER, 1991).
- MARTI ADRIENNE, in: Baumann Max/Dürr David/Lieber Viktor/Marti Arnold /Schnyder Bernhard (Hrsg.), Zürcher Kommentar, Kommentar zum schweizerischen Zivilrecht, Bd. I, Einleitungstitel zum ZGB, Art. 1-7 ZGB, 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 1998.
- MAURER ALFRED, Privatversicherungsrecht, Basel 1995. (Zit. MAURER, 1995).
- MAURER ALFRED, Das neue Krankenversicherungsrecht, Basel 1996. (Zit. MAURER, 1996).
- MAURER-LAMBROU URS/KUNZ SIMON, in: Maurer-Lambrou Urs/Blechta Gabor P. (Hrsg.), Kommentar zum schweizerischen Datenschutzgesetz / Öffentlichkeitsgesetz, 3. Aufl., Basel 2014. (Zit. MAURER-LAMBROU/KUNZ, BAK).
- MAURER-LAMBROU URS/STEINER ANDREA, in Maurer-Lambrou Urs/Blechta Gabor P. (Hrsg.), Kommentar zum schweizerischen Datenschutzgesetz / Öffentlichkeitsgesetz, 3. Aufl., Basel 2014. (Zit. MAURER-LAMBROU/STEINER, BAK).
- MAUSBACH JULIAN, Die ärztliche Schweigepflicht des Vollzugsmediziners im schweizerischen Strafvollzug aus strafrechtlicher Sicht – Bedarf es für die im Strafvollzug tätigen Mediziner und Medizinerinnen einer speziellen Regelung zum Offenbaren von Tatsachen, die der ärztlichen Schweigepflicht unterliegen?, Diss. Zürich, Zürich 2010.
- MEIER KURT/FINGERHUTH THOMAS, Krankentaggeld statt Lohnfortzahlung, plädoyer 3/99, S. 26-36.
- MEILI ANDREAS, in: Honsell Heinrich/Vogt Nedim Peter/Geiser Thomas (Hrsg.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch I (Art. 1-456 ZGB), 4. Aufl., Basel 2010.
- MERZ HANS, Vertrag und Vertragsschluss, 2. Aufl., Freiburg 1992.
- MEYER-BLASER ULRICH, Rechtliche Vorgaben an die medizinische Begutachtung, in: Schaffhauser René/Schlauri Franz (Hrsg.), Rechtsfragen der medizinischen Begutachtung in der Sozialversicherung, St. Gallen 1997, S. 9-48.
- MÜLLER ANDREAS, Leistungskoordination in der Sozialen Krankenversicherung bei Haftpflichtfällen, Diss. Freiburg, Sarnen 1994. (Zit. MÜLLER A., 1994).
- MÜLLER HANS-RUDOLPH, Grundlagen der Krankentaggeldversicherung nach VVG, in: von Kaenel Adrian (Hrsg.), Krankentaggeldversicherung: Arbeits- und versicherungsrechtliche Aspekte, Europa Institut Zürich, Bd. 76, Zürich 2007, S. 19-45. (Zit. MÜLLER H.-R., 2007).

- MÜLLER ROBERT ALEXANDER, Ausgewählte Gebiete der betrieblichen Kommunikation eines Spitals und die Rechte der Beteiligten – unter besonderer Berücksichtigung der Patientenrechte, Diss. Zürich, Zürich 2003. (Zit. MÜLLER, 2003).
- MÜLLER ROLAND A., Arbeitnehmerähnliche Personen – Rechtsprobleme der Scheinselbständigkeit, ArbR 2000, S. 21-49. (Zit. MÜLLER, ArbR 2000).
- MÜLLER ROLAND A., Arbeitsgesetz, 7. Aufl., Zürich 2009. (Zit. MÜLLER, ArG-Kommentar).
- MÜLLER ROLAND, Betriebliches Disziplinarwesen, Diss. Zürich, Bern 1983. (Zit. MÜLLER, 1983).
- MÜLLER ROLAND, Der Verwaltungsrat als Arbeitnehmer, Zürich/Basel/Genf 2005. (Zit. MÜLLER, 2005).
- MÜLLER ROLAND, Aktuelle Rechtsprechung zur Haftung des Arbeitnehmers, ArbR 2006, S. 13-39. (Zit. MÜLLER, ArbR 2006).
- MÜLLER ROLAND, Arztzeugnisse in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten, AJP/PJA 2/2010, S. 167-175. (Zit. MÜLLER, AJP/PJA 2010).
- MÜLLER ROLAND/STENGEL MANUEL, Berufskleidung im Arbeitsrecht – Vorschriften, Kostentragung, Depot, AJP/PJA 2011, S. 222-232.
- MÜLLER ROLAND/VON GRAFFENRIED CAROLINE, Unterschiede zwischen privatrechtlicher und öffentlich-rechtlicher Anstellung, S. 156-169.
- NÄGELI MAX, Die ärztliche Behandlung handlungsunfähiger Patienten aus zivilrechtlicher Sicht, Diss. Zürich, Zürich 1984.
- OFTINGER KARL/STARK EMIL W., Schweizerisches Haftpflichtrecht, Bd. I.: Allgemeiner Teil, 5. Aufl., Zürich 1995.
- PALLY URSINA, Arzthaftung mit den Schwerpunkten Schwangerschaftsbetreuung und Geburtshilfe, Diss. Zürich, Zürich 2007.
- PAPA ROBERTA, Die Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers bei Krankheit und Unfall des Arbeitnehmers und die Koordination von Lohnfortzahlungsleistungen mit Taggeldleistungen, in: Stöckli Jean-Fritz, Mitteilungen des Instituts für Schweizerisches Arbeitsrecht, ArbR 2009, S. 69-95.
- PÄRLI KURT, Datenaustausch zwischen Arbeitgeber und Versicherung, Diss. St. Gallen, Bern 2003.
- PÄRLI KURT, Der Persönlichkeitsschutz im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis, ARV 2005, S. 225-235.
- PÄRLI KURT, Vertragsfreiheit, Gleichbehandlung und Diskriminierung im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis, Bern 2009.

- PÄRLI KURT/GUGGISBERG JÜRIG/HUG JULIA/OESCH THOMAS/PETRIK ANDREAS/RUDIN MELANIE, Arbeit und Krankheit – Berufliche Wiedereingliederung von Personen mit länger andauernder Arbeitsunfähigkeit – Eine Untersuchung zur Rolle des Rechts und des sozialen Umfelds, Reihe "Sozialrecht", Band 2-2012, Bern online-Publikation 2012. (Zit. PÄRLI et al.).
- PÄRLI KURT/HUG JULIA, Arbeitsrechtliche Fragen bei Präsentismus (Arbeit trotz Krankheit), ARV 2012, S. 1-12.
- PAYLLIER PASCAL, Rechtsprobleme der ärztlichen Aufklärung, Diss. Zürich, Zürich 1999.
- PEDERGNANA ROLAND, HIV-Infektion und AIDS: Arbeitsrechtliche Probleme, Schriftenreihe des Forschungsinstituts für Arbeit und Arbeitsrecht der Universität St. Gallen, Bd. 5, Diss. St. Gallen, St. Gallen 1990.
- PEDRAZZINI MARIO/OBERHOLZER NIKLAUS, Grundriss des Personenrechts, 4. Aufl., Bern 1993.
- PETER JAMES THOMAS, Das Datenschutzgesetz im Privatbereich – Unter besonderer Berücksichtigung seiner motivationalen Grundlage, Diss. Zürich, Zürich 1994.
- PICCARD ROBERT, Considérations sur le secret professionnel de l'avocat, SJZ 62, S. 53-58.
- POLEDNA THOMAS/BERGER BRIGITTE, Öffentliches Gesundheitsrecht, Bern 2002.
- POLEDNA THOMAS/CODONI STEFAN, Sanktionierung von Informationsverletzungen, in: Perspektive Datenschutz, Praxis und Entwicklungen in Recht und Technik, Zürich 2002, S. 265-290.
- POLEDNA TOMAS/VOKINGER KERSTIN NOËLLE, Die freie Arztwahl in Alters- und Pflegeheimen – Herausforderungen aufgrund des neuen Erwachsenenschutzrechts, Pflegerecht 2013, S. 66-75.
- PORTMANN WOLFGANG, in: Honsell Heinrich/Vogt Nedim Peter/Wiegand Wolfgang (Hrsg.), Basler Kommentar, Obligationenrecht I, 5. Aufl., Basel 2011.
- PORTMANN WOLFGANG/STÖCKLI JEAN-FRITZ, Schweizerisches Arbeitsrecht, 3. Aufl., Zürich/St. Gallen 2013.
- RAGG STEFAN, Die Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers im System der obligatorischen Unfallversicherung, Diss. Zürich, Bern 1997.
- RAMPINI CORRADO, in: Maurer-Lambrou Urs/Blechta Gabor P. (Hrsg.), Kommentar zum schweizerischen Datenschutzgesetz / Öffentlichkeitsgesetz, 3. Aufl., Basel 2014. (Zit. RAMPINI, BAK).
- REHBINDER MANFRED, in: Hausheer Heinz (Hrsg.), Berner Kommentar, Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Bd. VI, 2. Abteilung, 2. Teilband, 2. Abschnitt, Bern 1992.

- REHBINDER MANFRED, Schweizerisches Arbeitsrecht, 15. Aufl., Bern 2002. (Zit. REHBINDER, 2002).
- REHBINDER MANFRED, Rechtssoziologie, 7. Aufl., München 2009.
- REHBINDER MANFRED/STÖCKLI JEAN-FRITZ, in: Hausheer Heinz/Walter Hans Peter (Hrsg.), Berner Kommentar, Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Bd. VI, 2. Abteilung, 2. Teilband, 1. Abschnitt, Bern 2010.
- RIEMER HANS MICHAEL, Personenrecht des ZGB – Studienbuch und Bundesgerichtspraxis, 2. Aufl., Bern 2002.
- RIEMER-KAFKA GABRIELA, Datenschutz zwischen Arbeitgeber und Versicherungsträgern, SJZ 2000, S. 285-293.
- RIEMER-KAFKA GABRIELA, Schweizerisches Sozialversicherungsrecht, Bern 2008.
- RIESELMANN-SAXER REBEKKA, Datenschutz im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis, Diss. Zürich, Bern 2002.
- ROGGO ANTOINE, Aufklärung des Patienten – eine ärztliche Informationspflicht, Bern 2002.
- ROGGO ANTOINE, Urteil des Bundesgerichts vom 9.2.2007, I. Zivilrechtliche Abteilung (4C.366/2006), BGE 133 III 121 (Rechtsprechung zur hypothetischen Einwilligung wird mit Urteil vom 9.1.2008 (4C.66/2007) erneut bestätigt), AJP/PJA 2008, S. 913-918.
- ROSENTHAL DAVID/JÖHRI YVONNE: Handkommentar zum Datenschutzgesetz, Zürich 2008.
- RUCKSTUHL NIKLAUS, Art. 321<sup>bis</sup> StGB: Das Berufsgeheimnis in der medizinischen Forschung, Diss. Basel, Basel 1999.
- RUDOLPH ROGER, Stellenbewerbung und Datenschutz, Diss. Zürich, Bern 1997.
- RUDOLPH ROGER, Bundesgericht, Urteil vom 30. Juni 2008, 2C\_103/2008 - Mit Kommentar von RA Dr. iur. Roger Rudolph, ARVonline 2009, Nr. 400.
- RUDOLPH ROGER, Das revidierte Datenschutzgesetz im arbeitsrechtlichen Fokus: eine Übersicht, ARVonline 2008, Nr. 153.
- RUDOLPH ROGER/VON KAENEL ADRIAN, Arbeitsplatzbezogene Arbeitsunfähigkeit, Eine rechtliche Auslegung zu einem um sich greifenden Phänomen, SJZ 2010, S. 361-366.
- RUDOLPH ROGER/VON KAENEL ADRIAN, Arbeitsplatzbezogene Arbeitsunfähigkeit: Entgegnung zum Beitrag von Luginbühl/Brühlmann in Jusletter vom 19. August 2013, in Jusletter vom 9. September 2013. (Zit. RUDOLPH/VON KAENEL, 2013).

- RÜETSCHI SVEN, in: Hausheer Heinz/Walter Hans Peter (Hrsg.), Berner Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, Band II: Art. 150—352 ZPO, Bern 2012. (Zit. RÜETSCHI, BEK).
- RUMPF JEAN-DANIEL, *Medicins et patients dans les hopitaux publics – en particulier la responsabilité civile à raison des actes medicaux*, Diss. Lausanne, Tolchenaz 1991.
- SCARTAZZINI GUSTAVO, *Les rapports de causalité dans le droit suisse de la sécurité sociale – avec un aperçu des différentes théories de la causalité*, Diss. Genf, Basel 1991.
- SCARTAZZINI GUSTAVO/HÜRZELER MARC, *Bundessozialversicherungsrecht*, 4. Aufl., Basel 2012.
- SCHÄREN FRITZ, *Die Stellung des Arztes in der sozialen Krankenversicherung (Das «Arztrecht» des KUVG)*, Diss. Zürich, Zürich 1973.
- SCHEIDEGGER HANS-ULRICH/PITTELOUD CHRISTINE, in: Geiser Thomas/von Kaenel Adrian/Wyler Rémy (Hrsg.), *Arbeitsgesetz, Stämpfli Handkommentar*, Bern 2005.
- SCHILLER KASPAR, *Schweizerisches Anwaltsrecht, Grundlagen und Kernbereiche*, Zürich 2009.
- SCHLUEP WALTER R., *Innominatverträge*, in: Vischer Frank (Hrsg.), *Schweizerisches Privatrecht*, Bd. VII/2, *Obligationenrecht Besondere Vertragsverhältnisse*, Basel/Stuttgart 1979.
- SCHMID HANS, in: Honsell Heinrich/Vogt Nedim Peter/Geiser Thomas (Hrsg.), *Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch I (Art. 1-456 ZGB)*, 4. Aufl., Basel 2010.
- SCHMID JÖRG, *Das Recht auf Auskunft über Datenbearbeitung nach Art. 8 DSGVO – privatrechtliche Fragen*, FZR 1995, S. 3-8.
- SCHMID NIKLAUS, *Rechtsgutachten zum Arztgeheimnis nach StGB Art. 321 bei der Erstellung von Aktengutachten*, HAVE 1/2004, S. 52 ff.
- SCHNYDER ANTON K., in: Guhl Theo, *Das Schweizerische Obligationenrecht*, bearbeitet von Koller Alfred (§§1-47), Schnyder Anton K. (§§ 48-58) und Druey Jean Nicolas (§§ 59-89), 9. Aufl., Zürich 2000.
- SCHÖNENBERGER CHRISTOPH, *Das Erschleichen der Lohnfortzahlung unter Berufung auf Krankheit*, Diss. Zürich, Bern 2001.
- SCHWEINGRUBER EDWIN, *Kommentar zum Arbeitsvertrag des Schweizerischen Obligationenrechts*, 2. Aufl., Bern 1979.
- SCHWEIZER MICHAEL, *Recht am Wort – Schutz des eigenen Wortes im System von Art. 28 ZGB*, Diss. Luzern, Bern 2012.

- SCHWEIZER RAINER J., in: Ehrenzeller Bernhard, Mastronardi Philippe, Schweizer Rainer J., Vallender Klaus A. (Hrsg.), Die Schweizerische Bundesverfassung, Kommentar, 2. Aufl., Zürich/St. Gallen 2008. (Zit. SCHWEIZER, SGK).
- SCHWENZER INGEBORG, Schweizerisches Obligationenrecht Allgemeiner Teil, 5. Aufl., Bern 2009.
- SPILLMANN FRANZ-MARTIN, Begriff und Unrechtstatbestand der Verletzung des Amtsheimnisses nach Art. 320 des StGB, Diss. Zürich, Zürich 1984.
- SPIRO KARL, Die Haftung für Erfüllungsgehilfen, Bern 1984.
- STAEHELIN ADRIAN, Der Arbeitsvertrag – Art. 319-330a OR, in: Gauch Peter/Schmid Jörg (Hrsg.), Zürcher Kommentar zum schweizerischen Zivilrecht, Teilband V 2c, 4. Aufl., Zürich 2006.
- STAMM MARIE-LOUISE, Das Weisungsrecht des Arbeitgebers und seine Schranken, Diss. Basel, Basel/Stuttgart 1977.
- STEINAUER PAUL-HENRI, Le droit privé matériel, in: Gillard Nicolas (Hrsg.), La nouvelle loi fédérale sur la protection des données, publication CEDIDAC 28, Lausanne 1994, S. 102 ff.
- STÖCKLI HUBERT, Sorgfaltmangel und Vergütung in: Tercier Pierre/Amstutz Marcel/Koller Alfred/Schmid Jörg/Stöckli Hubert (Hrsg.), Gauchs Welt – Recht, Vertragsrecht und Baurecht, Festschrift für Peter Gauch zum 65. Geburtstag, Zürich/Basel/Genf 2004. (Zit. STÖCKLI, 2004).
- STÖCKLI JEAN-FRITZ, Allgemeine Arbeitsbedingungen, Diss. Zürich, Zürich 1979. (Zit. STÖCKLI, 1979).
- STÖCKLI JEAN-FRITZ/SOLTERMANN DANIEL, in: Geiser Thomas/von Kaenel Adrian/ Wyler Rémy (Hrsg.), Arbeitsgesetz, Stämpflis Handkommentar, Bern 2005. (Zit. STÖCKLI/SOLTERMANN, ArG-Kommentar).
- STRATENWERTH GÜNTER/BOMMER FELIX, Schweizerisches Strafrecht, Besonderer Teil II: Straftaten gegen Gemeininteressen, 6. Aufl., Bern 2008.
- STRATENWERTH GÜNTER/WOHLERS WOLFGANG, Schweizerisches Strafgesetzbuch – Handkommentar, 3. Aufl., Bern 2013.
- STREIFF ULLIN/VON KAENEL ADRIAN/RUDOLPH ROGER, Arbeitsvertrag, Leitfaden zum Arbeitsvertragsrecht, 7. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2012.
- SUBILIA OLIVIER/DUC JEAN-LOUIS, Droit du travail, Lausanne 2010.
- TERCIER PIERRE, Le nouveau droit de la personnalité, Zürich 1984.
- THÉVENOZ LUC, in: Thévenoz Luc/Werro Franz (Hrsg.), Commentaire romand, Code des Obligations I, Genf 2003.

- THORENS BLAISE, Arbeitsmedizin: was haben Betriebsärzte ohne Facharztstitel für Zukunftsaussichten?, Schweizerische Ärztezeitschrift 2002, S. 1437-1439.
- TRECHSEL STEFAN, Schweizerisches Strafgesetzbuch, Praxiskommentar, Zürich/St.Gallen 2008.
- TRECHSEL STEFAN/VEST HANS, in: Trechsel Stefan/Pieth Mark (Hrsg.), Schweizerisches Strafgesetzbuch, Praxiskommentar, 2. Aufl., Zürich/St.Gallen 2013.
- TSCHUDI WERNER JAKOB, Die Haftung für den Erfüllungsgehilfen nach Art. 101 OR, Diss. Bern, Turbenthal 1949.
- UHLIG KAI-PETER, Persönlichkeitsrecht im Film, AJP/PJA 2013, S. 327-335.
- VAUCHER ALFRED/ZOLLIKOFER JÜRIG (Hrsg.), Was zahlt die Krankenversicherung? – Manual der Schweizer Vertrauensärzte, 2. Aufl., Basel 2004.
- VIRET BERNHARD, Privatversicherungsrecht, dt. Übersetzung von Christoph Stadler, 3. Aufl., Zürich 1991.
- VISCHER FRANK, Der Arbeitsvertrag, 3. Aufl., Basel 2005, zugleich in: Schweizerisches Privatrecht, Bd. VII/4, 3. Aufl., Basel/Genf/München 2005.
- VON BÜREN ROLAND, Der Konzern – Rechtliche Aspekte eines wirtschaftlichen Phänomens, in: Schweizerisches Privatrecht, Bd. VIII/6, 2. Aufl., Basel/Genf/München 2005.
- VON KAENEL ADRIAN, Medizinische Untersuchungen und Tests im Arbeitsverhältnis, ArbR 2006, S. 93-117.
- VON KAENEL ADRIAN/WYLER RÉMY, Effets de la LPGA sur le droit du travail, in: ARV 2005, S. 153-166.
- VOSSEN REINHARD, Entgeltfortzahlung bei Krankheit und an Feiertagen, Berlin 1997.
- WATTER ROLF, in: Honsell Heinrich/Vogt Nedim Peter/Wiegand Wolfgang (Hrsg.), Basler Kommentar, Obligationenrecht I, 5. Aufl., Basel 2011.
- WEBER ROLF H., in: Hausheer Heinz (Hrsg.), Berner Kommentar, Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Bd. VI, 1. Abteilung, 5. Teilband, Bern 2000.
- WEBER ROLF H., in: Honsell Heinrich/Vogt Nedim Peter/Wiegand Wolfgang (Hrsg.), Basler Kommentar, Obligationenrecht I, 5. Aufl., Basel 2011.
- WEBER ROLF H./SOMMERHALDER MARKUS, Das Recht der personenbezogenen Information, Zürich/Basel/Genf 2007.
- WEBER-SCHERRER MARGRIT, Rechtliche Aspekte der Information zwischen den Arbeitsvertragsparteien – unter besonderer Berücksichtigung des Notwehrrechts der Lüge, Schriftenreihe zum Obligationenrecht Bd. 60, Diss. Zürich, Zürich 1999.

- WEGENER WALTHER, Der Betriebsarzt – Eine Untersuchung über seine Funktion und Stellung im Gesundheitswesen, Diss. Köln, Köln 1978.
- WERRO FRANZ, La définition des biens de la personnalité: une prérogative du juge, in: Contribution en l'honneur de Pierre Tercier, Fribourg 1993.
- WIEGAND WOLFGANG, Der Arztvertrag, insbesondere die Haftung des Arztes, in: Wiegand Wolfgang (Hrsg.), Berner Tage für die juristische Praxis 1984 – Arzt und Recht, Bern 1985.
- WIEGAND WOLFGANG, in: Honsell Heinrich/Vogt Nedim Peter/Wiegand Wolfgang (Hrsg.), Basler Kommentar, Obligationenrecht I, 5. Aufl., Basel 2011.
- WINTERBERGER-YANG MARTIN, in: Maurer-Lambrou Urs/Vogt Nedim Peter. (Hrsg.), Kommentar zum schweizerischen Datenschutzgesetz, 2. Aufl., Basel 2006. (Zit. WINTERBERGER-YANG, BAK-DSG).
- WÜRSTEN-WIRZ CHRISTINA, Arbeitsrechtliche Probleme von HIV-infizierten Arbeitnehmern, Diss. Zürich, Zürich 1999.
- WYLER RÉMY/HEINZER BORIS, Droit du travail, 3. Aufl., Bern 2014.
- WYLER RÉMY, La responsabilité civile de l'employeur, y compris en ce qui concerne les actes de ses organes et auxiliaires, ARV 2011, S. 249-259.
- ZÄCH ROGER, in: Meier-Hayoz Arthur (Hrsg.), Berner Kommentar, Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Bd. VI, 2. Abteilung, 2. Teilband, 2. Unterteilband, Bern 1990.
- ZELLER ERNST, Krankheit und Arbeitsunfähigkeit, Zürich 2007.
- ZINDEL GAUDENZ G./PULVER URS, in: Honsell Heinrich/Vogt Nedim Peter/Wiegand Wolfgang (Hrsg.), Basler Kommentar, Obligationenrecht I, 5. Aufl., Basel 2011.
- ZINSLI JÖRG MATHIAS, Zur Dauer der minimalen Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers bei Erkrankung eines Arbeitnehmers, ArbR 1990, S. 29-35.
- ZINSLI JÖRG MATHIAS, Krankheit im Arbeitsverhältnis, Diss. Zürich, Zürich 1992.

---

## Materialien und amtliche Berichte

Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Herbstsession 2005 Nationalrat. (Zit. AB 2005 N).

Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Revision des Zehnten Titels und des Zehnten Titels<sup>bis</sup> des Obligationenrechts (Der Arbeitsvertrag) vom 25. August 1967, BBl 1967 II 241.

Botschaft über die Teilrevision der Krankenversicherung vom 19. August 1981, BBl 1981 II 1117.

Botschaft zur Volksinitiative «betreffend Kündigungsschutz im Arbeitsvertragsrecht» und zur Revision der Bestimmungen über die Auflösung des Arbeitsverhältnisses im Obligationenrecht vom 9. Mai 1984, BBl 1984 II 551.

Botschaft zum Bundesgesetz über den Datenschutz (DSG) vom 23. März 1988, BBl 1988 II 413.

Botschaft über die Revision der Krankenversicherung vom 6. November 1991, BBl 1992 I 93.

Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den Datenschutz (DSG) und zum Bundesbeschluss betreffend den Beitritt der Schweiz zum Zusatzprotokoll vom 8. November 2001 zum Übereinkommen zum Schutz des Menschen bei der automatischen Verarbeitung personenbezogener Daten bezüglich Aufsichtsbehörden und grenzüberschreitende Datenübermittlung vom 19. Februar 2003, BBl 2003 2101.

Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Strategie und dringliche Punkte) vom 26. Mai 2004, BBl 2004 4259.

Botschaft betreffend die Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Massnahmen zur Eindämmung der Kostenentwicklung) vom 29. Mai 2009, BBl 2009 5793.

Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Vorübergehende Wiedereinführung der bedarfsabhängigen Zulassung) vom 21. November 2012, BBl 2012 9439.

Bundesamt für Statistik, Jährliche Dauer der Absenzen und Absenzenquote der Vollzeitarbeitnehmenden nach Geschlecht, Nationalität und Wirtschaftsabschnitten für die Periode 1991-2012, gefunden am 3. August 2013 unter: «[http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/02/blank/data/06.html#parsys\\_00071](http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/02/blank/data/06.html#parsys_00071)». (Zit. BFS, Dauer der Absenzen, Statistik).

Bundesamt für Statistik, Jährliches Absenzvolumen der Arbeitnehmenden nach ausgewählten Abwesenheitsgründen, Geschlecht, Nationalität und Beschäftigungsgrad für die Periode 2002-2012, gefunden am 3. August 2013 unter: «[http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/02/blank/data/06.html#parsys\\_00071](http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/03/02/blank/data/06.html#parsys_00071)». (Zit. BFS, Absenzvolumen, Statistik).

Eidgenössischer Datenschutzbeauftragter (EDSB), Leitfaden für die Bearbeitung von Personendaten im medizinischen Bereich, Bern 2002. (Zit. EDSB, Leitfaden).

Parlamentarische Initiative Sozialversicherungsrecht – Bericht der Kommission des Nationalrates für soziale Sicherheit und Gesundheit vom 26. März 1999, BBl 1999 V 4523.

SECO, Wegleitung zum Arbeitsgesetz und den Verordnungen 1 und 2, Bern 2001, Stand August 2013. (Zit. SECO, Wegleitung zum Arbeitsgesetz und Verordnungen 1 und 2).

SECO, Wegleitung zu den Verordnungen 3 und 4 zum Arbeitsgesetz, Bern 1995, Stand März 2013. (Zit. SECO, Wegleitung Verordnung 3 und 4).

SECO, Leitfaden zur medizinischen Vorsorge für Nacht- und Schichtarbeitende, Bern 2007, Stand Mai 2013. (Zit. SECO, Leitfaden Nacht- und Schichtarbeit).

---

# 1. Teil: Einleitung

## I. Problemstellung

Erhebungen des Bundesamtes für Statistik (BFS) zeigen, dass das gesamte Absenzvolumen der Arbeitnehmer in der Schweiz 246 Mio. Stunden für das Jahr 2012<sup>1</sup> oder rund 71 Stunden pro Mitarbeiter und Jahr beträgt.<sup>2</sup> Vom gesamten Absenzvolumen sind rund 182 Mio. Stunden auf Krankheit oder Unfall zurückzuführen.<sup>3</sup> Das sind rund 74% des gesamten Absenzvolumens der Arbeitnehmer in der Schweiz.

Der Arbeitgeber ist nach Schweizer Recht grundsätzlich dazu verpflichtet, dem Arbeitnehmer bei Krankheit oder Unfall für eine beschränkte Zeit den Lohn trotz fehlender Arbeitsleistung zu entrichten.<sup>4</sup> Es ist verständlich, dass in Anbetracht der grossen Anzahl Fehlstunden der Arbeitgeber bestrebt sein wird, nur jene Fehlstunden zu bezahlen, bei denen er auch wirklich dazu verpflichtet ist. Da der Arbeitnehmer für das Vorliegen dieser Fehlstunden beweisbelastet ist,<sup>5</sup> wird sich der Arbeitgeber die Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers in der Regel mittels eines Arztzeugnisses belegen lassen.<sup>6</sup> Bringt der Arbeitnehmer ein Arztzeugnis bei, kann der Arbeitgeber grundsätzlich davon ausgehen, dass er die Fehlstunden des Arbeitnehmers zu Recht bezahlt hat beziehungsweise bezahlen wird.

Es können jedoch Situationen eintreten, in welchen selbst ein Arztzeugnis kein überzeugender Beleg dafür ist, dass der Arbeitnehmer tatsächlich an seiner Arbeit verhindert ist. Zu denken wäre hier etwa an den wegen starker Rückenschmerzen krankgeschriebenen Maurer, der während seiner angeblichen Krankheitszeit sein Haus renoviert. Ebenso ist ein gewisser Zweifel des Arbeitgebers verständlich, wenn der Arbeitnehmer zwar eine Bescheinigung seiner Arbeitsunfähigkeit vorlegt, diese jedoch nicht von einem zugelassenen Arzt stammt, unleserlich, unverständlich oder gar offensichtlich unrichtig ist. In

---

<sup>1</sup> BFS, Absenzvolumen, Statistik 2012.

<sup>2</sup> BFS, Dauer der Absenzen, Statistik 2012.

<sup>3</sup> Mitberücksichtigt wurden Absenzen bei Teil- und Vollzeitstellen (BFS, Absenzvolumen, Statistik 2012).

<sup>4</sup> Vgl. Art. 324a OR.

<sup>5</sup> Vgl. dazu 2. Teil:III.B.4.d., S. 85.

<sup>6</sup> Vgl. dazu bspw. GEISER THOMAS, Arztzeugnisse zur Bestätigung der Arbeitsunfähigkeit: zwischen Informationsbedürfnissen und Datenschutz, Bern/Zürich 2009.

solchen Fällen braucht der Arbeitgeber eine Handhabe, um die behauptete Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers überprüfen zu können.

Bei der Gesundheit des Arbeitnehmers handelt es sich natürlich um ein besonders sensibles Thema, weshalb der Arbeitnehmer seinerseits ein berechtigtes Interesse daran hat, dass die Informationen, die seine Gesundheit betreffen, nicht allgemein bekannt werden. Um dem Informationsbedürfnis des Arbeitgebers und dem Schutzbedürfnis des Arbeitnehmers gleichzeitig gerecht zu werden, wird vom Arbeitgeber in Zweifelsfällen der Besuch bei einem Vertrauensarzt vorgeschlagen. Dieser soll die heiklen Daten erheben und dem Arbeitgeber berichten, ob der Arbeitnehmer tatsächlich arbeitsunfähig ist oder nicht. Der Arbeitnehmer auf der anderen Seite kann sich sicher sein, dass der Vertrauensarzt aufgrund des Berufsgeheimnisses die Daten über seine Gesundheit, mit Ausnahme der Auskunft bezüglich der Arbeitsunfähigkeit, geheim halten wird.

Das Gesetz kennt den Begriff des privatrechtlichen Vertrauensarztes nicht.<sup>7</sup> Vielmehr ist dieser Behelf aus den oben genannten Gründen mehr und mehr aus der Praxis entstanden. Bekannt ist die Institution des Vertrauensarztes hingegen im Sozialversicherungsbereich.<sup>8</sup> Es ist jedoch unklar, wie weit diese Regeln auf das Privatrecht übertragbar sind. Zudem stellen sich weitere konkrete Frage zum Thema Vertrauensarzt, insbesondere die folgenden:

- Ist der Arbeitgeber tatsächlich berechtigt, vom Arbeitnehmer eine vertrauensärztliche Untersuchung zu verlangen?
- Braucht es dafür eine vertragliche Grundlage?
- Ist der Arbeitgeber verpflichtet, eine Auswahl an Vertrauensärzten anzugeben?
- Muss der Arbeitnehmer mit der Anordnung einer vertrauensärztlichen Untersuchung einverstanden sein?
- Wer trägt die Kosten der Untersuchung?
- An wen dürfen welche Daten weitergegeben werden?
- Wie kann der Arbeitgeber vorgehen, wenn sich der Arbeitnehmer weigert, sich vertrauensärztlich untersuchen zu lassen?
- Welche Folgen hat eine Weigerung für den Arbeitnehmer?
- Wie kann sich der Arbeitnehmer auf der anderen Seite gegen eine ungerichtfertigte Aufforderung zu einer vertrauensärztlichen Untersuchung zur Wehr setzen?

---

<sup>7</sup> GEISER, 2008, S. 74.

<sup>8</sup> Vgl. bspw. Art. 57 KVG.

- Was geschieht, wenn der Arbeitnehmer nicht in der Lage ist, sich einer vertrauensärztlichen Untersuchung unterziehen zu lassen?
- Was passiert, wenn der Arbeitnehmer zwar ein Arztzeugnis beibringt, dieses jedoch unleserlich oder unklar ist?
- Welche Daten dürfen vom Vertrauensarzt überhaupt erhoben werden?
- In welchem Verhältnis stehen sich Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Vertrauensarzt gegenüber?

Das Bedürfnis des Arbeitgebers, die behauptete Arbeitsunfähigkeit eines Arbeitnehmers überprüfen zu können, beschränkt sich indes nicht nur auf Fälle in Zusammenhang mit der Lohnfortzahlung bei Krankheit oder Unfall, sondern stellt sich vermehrt auch in Zusammenhang mit Kündigungen. Das ist auf die in Art. 336c OR statuierte Kündigungssperrfrist zurückzuführen. Danach darf nach Ablauf der Probezeit der Arbeitgeber das Arbeitsverhältnis während einer beschränkten Zeit unter anderem nicht kündigen, während der Arbeitnehmer ohne eigenes Verschulden durch Krankheit oder durch Unfall ganz oder teilweise an der Arbeitsleistung verhindert ist.<sup>9</sup> Bringt der Arbeitnehmer den Einwand vor, die Kündigung sei nichtig, weil er im Zeitpunkt der Kündigung krank gewesen sei, so hat er dies zu beweisen. Auch diesen Nachweis tritt der Arbeitnehmer in aller Regel mittels Arztzeugnis an. Aber auch hier stellt sich die Frage, ob es Situationen gibt, bei denen der Arbeitgeber berechtigt ist, die behauptete Arbeitsunfähigkeit des Arbeitnehmers durch einen Vertrauensarzt überprüfen zu lassen.

Diese Problemstellungen zeigen deutlich das grosse Bedürfnis der Praxis an einer ganzheitlichen und rechtlich fundierten Analyse zum Thema des privatrechtlichen Vertrauensarztes, welche trotz ihrer grossen praktischen Bedeutung<sup>10</sup> in der Literatur bisher fehlt.

## II. Zielsetzung

Aufgrund der dargelegten Problemstellungen werden in dieser Arbeit vier Hauptziele verfolgt.

- In einem allgemeinen theoretischen Teil sollen zunächst in grundsätzlicher Weise die Rechtsverhältnisse der verschiedenen an einer vertrauensärztli-

---

<sup>9</sup> Art. 336c Abs. 1 lit. b OR.

<sup>10</sup> MÜLLER, AJP/PJA 2010, S. 170.

chen Untersuchung beteiligten Parteien analysiert werden.<sup>11</sup> Diese Analyse dient dazu, das auf diese Beziehungen anwendbare Recht festzulegen. Dieses wird in einem nächsten Schritt auf Bestimmungen untersucht, welche die vertrauensärztliche Untersuchung betreffen. Insbesondere werden dabei die Verhältnisse der verschiedenen Bestimmungen zueinander dargestellt.<sup>12</sup>

- Als weiteres Ziel soll die bisherige Literatur und Judikatur dargestellt und analysiert werden.<sup>13</sup> Diese Analyse soll Aufschluss über Fragen liefern, welche in der Lehre oder der Rechtsprechung noch nicht oder nicht erschöpfend behandelt worden sind, und gleichzeitig einen Überblick über den bisherigen Stand von Lehre und Rechtsprechung bieten.
- Das dritte mit dieser Arbeit verfolgte Ziel besteht in der Untersuchung der praktischen Probleme im Zusammenhang mit vertrauensärztlichen Untersuchungen.<sup>14</sup>
- Damit hängt auch das vierte in dieser Arbeit verfolgte Ziel zusammen. Indem Probleme aus der Praxis untersucht werden, liegt ein Fokus dieser Arbeit auf der Suche nach Lösungsvorschlägen für diese praktischen Probleme.<sup>15</sup> Die Lösungen sollen für die Praxis nutzbar sein und in Form von Checklisten, Musterklauseln und Musterbriefen zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Verfolgung dieser spezifischen Ziele wird eine möglichst ganzheitliche Abhandlung der Rechtsgrundlagen und Rechtsprobleme angestrebt, so dass die Perspektive des Arbeitnehmers ebenso wie jene des Arbeitgebers und seines Vertrauensarztes beleuchtet und berücksichtigt wird. Angestrebt wird eine systematische Zusammenstellung der Rechtsgrundlagen und Aufgabengebiete privatrechtlicher Vertrauensärzte sowie eine vertiefte Analyse der verschiedenen Problembereiche, mit welchen sich Arbeitnehmer, Arbeitgeber und der privatrechtliche Vertrauensarzt vor, während und nach der Interaktion miteinander konfrontiert sehen.

---

<sup>11</sup> Vgl. 2. Teil:II., S. 20.

<sup>12</sup> Vgl. 2. Teil:III., S. 65.

<sup>13</sup> Vgl. dazu in Kurzform in 2. Teil:I., S. 13 sowie jeweils bei der Beantwortung konkreter Fragen in 2. Teil:IV., S. 162.

<sup>14</sup> Vgl. dazu 3. Teil, S. 277.

<sup>15</sup> Vgl. dazu 4. Teil:II., S. 312.

## III. Methodik

Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung bildet BGE 125 III 70. Darin findet sich folgende Passage: «Ob die Arbeitgeberin ihre Lohnfortzahlung mindestens bei begründeten Zweifeln von einer vertrauensärztlichen Untersuchung abhängig machen kann oder ob eine Obliegenheit der Arbeitnehmer, sich auf entsprechende Aufforderung hin einer vertrauensärztlichen Untersuchung zu unterziehen, ausdrücklich vereinbart sein muss, ist in der Lehre umstritten».<sup>16</sup> Diese Aussage des Bundesgerichts bildet zugleich eine der Kernfragen der vorliegenden Untersuchung.<sup>17</sup>

Ausgehend von diesem Urteil wird die vorhandene Literatur auf Stellen mit Bezug auf den privatrechtlichen Vertrauensarzt hin untersucht. Dabei werden Kommentare, Monographien, Lehrbücher und Aufsätze berücksichtigt.

Ebenfalls wird weitere verfügbare Judikatur auf Fragen untersucht, die in einem Bezug zum privatrechtlichen Vertrauensarzt stehen. Um diese Untersuchung möglichst vollständig zu machen, wurde eine Umfrage bei allen kantonalen Gerichten durchgeführt, um allenfalls auch nicht veröffentlichte Urteile zu diesem Themengebiet ausfindig zu machen.

Auf Grundlage der Analyse der Judikatur und Literatur werden im allgemeinen, theoretischen Teil dieser Arbeit die sich stellenden Fragen in Zusammenhang mit dem privatrechtlichen Vertrauensarzt beantwortet. Es wäre jedoch verfehlt, bei einem Thema, das sich hauptsächlich aus der Praxis entwickelt hat, lediglich theoretische Überlegungen einfließen zu lassen. Durch die Theorie lässt sich der praktische Stellenwert der zu untersuchenden Fragen nicht feststellen. Daher werden in einem besonderen, praktischen Teil eine Umfrage bei Schweizer Unternehmen und zudem auch strukturierte Interviews mit Experten durchgeführt, um feststellen zu können, welche Probleme in der Praxis vorhanden sind und wie diese von verschiedenen Unternehmen gelöst werden. Ebenfalls soll dadurch in Erfahrung gebracht werden, ob und wenn ja in welchem Umfang Regelungsbedarf bezüglich des privatrechtlichen Vertrauensarztes besteht.

Die Ergebnisse des theoretischen und des praktischen Teils werden anschliessend einander gegenüber gestellt und Lösungen für die Praxis vorgeschlagen,

---

<sup>16</sup> BGE 127 III 70 E. 3c.

<sup>17</sup> Vgl. dazu 2. Teil:IV.A., S. 162.

welche eine theoretische Basis aufweisen und den Bedürfnissen der Praxis entsprechen.

## IV. Begriffe

### A. Vorbemerkung

Bildet sich eine Thematik aus der Praxis, kann nicht erwartet werden, dass dabei die Begrifflichkeiten überall gleich verwendet werden. Verstärkt wird diese Problematik dadurch, dass es sich vorliegend um einen Themenbereich handelt, der verschiedene Rechtsgebiete betrifft.<sup>18</sup> Es ist jedoch wichtig, dass der Leser unter den zentralen Begriffen dasselbe versteht wie der Autor. Es werden deshalb einige Begriffe in aller Kürze dargestellt, so wie sie für diese Arbeit verwendet werden.

Sämtliche Berufs- und ähnliche Bezeichnungen gelten sowohl für Frauen wie auch für Männer, auch wenn der Leserlichkeit zuliebe auf die Nennung beider Geschlechtsformen verzichtet wird.

### B. Vertrauensarzt

Der Begriff des Vertrauensarztes wird in sehr unterschiedlichen Zusammenhängen verwendet. Insbesondere werden damit Vertrauensärzte eines Krankenversicherers (KVG und VVG), der Kreisarzt der Suva, Vertrauensärzte der IV oder Vertrauensärzte bspw. von Strassenverkehrsämtern oder von Sportverbänden assoziiert.<sup>19</sup> Im Fall des Vertrauensarztes des Krankenversicherers findet sich gar eine gesetzliche Regelung.<sup>20</sup> Daneben findet sich der Begriff beispielsweise auch im GUMG<sup>21</sup> oder in der Standesordnung der FMH<sup>22</sup>. Auch

---

<sup>18</sup> Vgl. dazu 2. Teil:III., S. 65.

<sup>19</sup> Vgl. als Beispiel dafür, dass der Begriff «Vertrauensarzt» Präzisierung bedarf: GAV Gerüstebau, Art. 7 Abs. 2.1.

<sup>20</sup> Art. 57 KVG, bspw. Abs. 1: «Die Versicherer oder ihre Verbände bestellen nach Rücksprache mit den kantonalen Ärztegesellschaften *Vertrauensärzte* beziehungsweise *Vertrauensärztinnen* (...)».

<sup>21</sup> Art. 21 GUMG: «Bei der Begründung oder während der Dauer des Arbeitsverhältnisses dürfen der Arbeitgeber und seine *Vertrauensärztin* oder sein *Vertrauensarzt*: a. keine

werden Vertrauensärzte in Zusammenhang mit Gesundheitschecks im Rahmen der beruflichen Vorsorge verwendet.<sup>23</sup> Diese unterschiedlichen Assoziationen, welche der Begriff «Vertrauensarzt» auslöst, macht es unumgänglich, den Vertrauensarzt so zu definieren, wie er in dieser Arbeit verstanden wird.

In der vorliegenden Arbeit wird spezifisch der privatrechtliche Vertrauensarzt des Arbeitgebers untersucht. Zu diesem Begriff findet sich keine Legaldefinition im Schweizer Recht.<sup>24</sup> Folgt man zunächst ganz einfach der Wortkonstruktion, so kann in erster Linie festgehalten werden, dass unter einem Vertrauensarzt des Arbeitgebers ein Arzt verstanden wird, dem der Arbeitgeber vertraut. Damit wird zumindest deutlich, dass es sich nicht, wie gelegentlich angenommen, um einen mit besonderer behördlicher oder gesetzlicher Autorität ausgestatteten Arzt handelt, sondern um einen Arzt, dem der Arbeitgeber sein Vertrauen schenkt.<sup>25</sup>

In einigen Umschreibungen des privatrechtlichen Vertrauensarztes wird auf dessen Funktion abgestützt. So hielt beispielsweise der Bundesrat in seiner Botschaft zum GUMG fest, dass unter Vertrauensärzten im untechnischen Sinne Ärztinnen oder Ärzte zu verstehen seien, die für den Arbeitgeber die Eignung oder die Arbeitsfähigkeit einer Person abklären. Es könne sich dabei auch um Hausärztinnen oder Hausärzte handeln.<sup>26</sup> Ähnlich klingt die Begriffsbestimmung des Vertrauensarztes im GAV BLS, indem unter einem Vertrauensarzt ein von der BLS bezeichneter Arzt zur Abklärung der gesundheitlichen Situation eines Mitarbeiters oder eines Stellenbewerbers zu verstehen ist.<sup>27</sup> Es ist augenscheinlich, dass der Vertrauensarzt in diesen beiden Beispielen hauptsächlich über seine Funktion definiert wird. Beide dieser Funktionsumschreibungen erfassen dabei die Abklärung der Arbeitsfähigkeit während des Arbeitsverhältnisses und die Abklärung der gesundheitlichen Eignung eines Stellenbewerbers.

---

präsymptomatischen genetischen Untersuchungen verlangen; b. weder die Offenlegung von Ergebnissen aus früheren präsymptomatischen genetischen Untersuchungen verlangen noch solche Ergebnisse verwerten; c. keine genetischen Untersuchungen verlangen, mit denen persönliche Eigenschaften einer Arbeitnehmerin oder eines Arbeitnehmers erkannt werden sollen, die nicht die Gesundheit betreffen».

<sup>22</sup> Art. 6 StaO FMH: «Besteht zwischen einem Patienten oder einer Patientin und einem Arzt oder einer Ärztin eine Beziehung nicht therapeutischer Natur (Rechtsmediziner, Gutachter, *Vertrauensärzte*, arbeitsmedizinische Tätigkeit und Tätigkeit im Auftrag von Sportverbänden etc.), ist die betroffene Person klar darüber zu informieren».

<sup>23</sup> HUGENTOBLE, AJP/PJA 2013, S. 1142 ff.

<sup>24</sup> GEISER, 2008, S. 74.

<sup>25</sup> Vgl. auch STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 324a/b OR N 12.

<sup>26</sup> BBl 2002 7431.

<sup>27</sup> GAV BLS, S. 12.

Dadurch dass bei der Definition auf die Funktion abgestellt wird, ist die Stellung des Vertrauensarztes im resp. zum Betrieb des Arbeitgebers von untergeordneter Bedeutung. Der Vertrauensarzt kann sowohl ein frei praktizierender Allgemeinmediziner, aber auch der Werkarzt des Unternehmens sein. Ebenso wenig sind spezielle medizinische Qualifikationen oder besondere behördliche Genehmigungen für die Tätigkeit als Vertrauensarzt vorausgesetzt.<sup>28</sup>

Nimmt man die obigen Elemente zusammen, ergibt dies folgende, hier verwendete Begriffsbestimmung:

*Als Vertrauensarzt ist der Arzt zu verstehen, welcher das Vertrauen des Arbeitgebers genießt und von diesem beratend hinzugezogen wird, um die Eignung oder Arbeitsfähigkeit eines Arbeitnehmers oder Stellenbewerbers abzuklären.*

Wird in dieser Arbeit nichts anderes explizit erwähnt, wird bei der Verwendung des Begriffs «Vertrauensarzt» immer der oben umschriebene Vertrauensarzt des Arbeitgebers verstanden.

## C. Privatrecht

Die Arbeit untersucht verschiedene Rechtsprobleme im Zusammenhang mit einem Vertrauensarzt des Arbeitgebers. Wie bereits ausgeführt, wird unter dem Begriff «Vertrauensarzt» gemeinhin jedoch eine Vielzahl von Funktionen verstanden. Entscheidend zur Eingrenzung ist daher der Zusatz *privatrechtlich*. Darunter wird – für den Zweck der vorliegenden Arbeit – die in kontinental-europäischen Ländern übliche Grundeinteilung des Rechts in Privatrecht<sup>29</sup> und öffentliches Recht<sup>30</sup> verstanden.<sup>31</sup> Lehre und Rechtsprechung haben verschiedene Theorien entwickelt, welche es erlauben, die Abgrenzung zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht von Fall zu Fall zu untersuchen.<sup>32</sup> Die vorliegende Arbeit untersucht damit Verhältnisse, auf welche Privatrecht ange-

---

<sup>28</sup> Im Umkehrschluss aus den Aussagen von STÖCKLI/SOLTERMANN, ArG-Kommentar, Art. 17c ArG N 4 und MÜLLER, ArG-Kommentar, Art. 17c Abs. 2 ArG N 1.

<sup>29</sup> Der Begriff «Zivilrecht» wird grundsätzlich gleichbedeutend mit eher dem wissenschaftlichen Sprachgebrauch entstammenden Begriff «Privatrecht» verwendet (vgl. dazu MARTI, ZK, Art. 5 ZGB N 83).

<sup>30</sup> Staatsrecht, Verwaltungsrecht, Strafrecht, Völkerrecht.

<sup>31</sup> MARTI, ZK, Art. 5 ZGB N 23.

<sup>32</sup> Namentlich sind dies die Interessentheorie, die Funktionstheorie, die Subjekttheorie, die Subjektionstheorie, die Rechtsformentheorie und die Lehre vom zwingenden und nachgiebigen Recht (SCHMIED, BAK, Art. 5 ZGB N 4).

wendet wird. Nicht entscheidend ist dabei, welches Recht die Parteien zur Anwendung bringen wollten, sondern ausschliesslich, welches Recht letztendlich angewendet wird.

## D. Arbeitsverhältnis

Ganz allgemein kann gesagt werden, dass das Arbeitsrecht die Leistung abhängiger Arbeit regelt.<sup>33</sup> Unter den Normenkomplex «Arbeitsrecht» fallen das Individualarbeitsrecht, das Kollektivarbeitsrecht, das öffentliche Arbeitsrecht, das Arbeitsschutzrecht, das gestaltende öffentliche Arbeitsrecht, das Sozialversicherungsrecht und das öffentliche Dienstrecht.<sup>34</sup> Die vorliegende Arbeit konzentriert sich hauptsächlich auf das Individualarbeitsrecht, berücksichtigt jedoch auch Schnittstellen zum Sozialversicherungsrecht, Kollektivarbeitsrecht, öffentlichen Arbeitsrecht und Arbeitsschutzrecht.<sup>35</sup>

Durch die Verwendung des Begriffs «Arbeitgeber» im Titel der Arbeit wird deutlich, dass in der vorliegenden Abhandlung das Vorliegen eines Arbeitsverhältnisses vorausgesetzt wird. Die Arbeit erfasst damit alle Verhältnisse, auf die das Arbeitsrecht im oben umschriebenen Sinne angewendet wird, sofern es sich um privatrechtliche Verhältnisse handelt.<sup>36</sup> Miterfasst sind auch Verhältnisse, bei welchen vordergründig die Anwendung der privatrechtlichen Arbeitsrechtsnormen zweifelhaft erscheinen, wie bspw. im Fall der Scheinselbstständigkeit.<sup>37</sup> Vorausgesetzt ist dabei jedoch, dass die arbeitsvertraglichen Regeln tatsächlich zur Anwendung gelangen. Im Falle von Innominat- oder Mischverträgen verlangt das Bundesgericht eine Prüfung im Einzelfall, um festzustellen, welche Bedeutung den einzelnen Vertragsbestandteilen im Hinblick auf die Gestaltung der Gesamtsrechtslage zukommt.<sup>38</sup> Bei in arbeitnehmerähnlicher Abhängigkeit stehenden Personen sollen die zwingenden Vorschriften des Arbeitsvertragsrechts analog angewendet werden,<sup>39</sup> womit die entsprechenden Verhältnisse auch von dieser Arbeit erfasst werden.

<sup>33</sup> REHBINDER/STÖCKLI, BEK, Einleitung N 1.

<sup>34</sup> STAEHELIN, ZK, Vorbem. zum 10. Titel, N 4.

<sup>35</sup> Vgl. dazu 2. Teil:III., S. 65 ff.

<sup>36</sup> Vgl. dazu 1. Teil:IV.C., S. 8.

<sup>37</sup> Vgl. zum Begriff der Scheinselbstständigkeit STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 319 OR N 2; PORTMANN/STÖCKLI, Rz. 25, die ein leicht anderes Verständnis dieses Begriffs vertreten.

<sup>38</sup> BGE 118 II 157 E. 3a; Urteil des Bundesgerichts (4A\_553/2008) vom 9. Februar 2009, E. 5.

<sup>39</sup> STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 319 OR N 2; MÜLLER, ArbR 2000, S. 33; GEISER, 1996, S. 61 ff.

## E. Arztzeugnis

Unter einem Arztzeugnis ist eine Beweisurkunde zu verstehen, welche den Nachweis für die Arbeitsunfähigkeit eines Arbeitnehmers erbringen soll.<sup>40</sup> Anwendung findet das Arztzeugnis insbesondere dann, wenn sich ein Arbeitnehmer auf Krankheit oder Unfall als Grund beruft, um der Arbeit fern zu bleiben oder bspw. zur Geltendmachung der Nichtigkeit einer Kündigung.<sup>41</sup> Die Beweislast für das Vorliegen einer Krankheit oder eines Unfalls liegt beim Arbeitnehmer, der sich in den allermeisten Fällen auf ein Arztzeugnis berufen wird.<sup>42</sup>

## V. Abgrenzungen

Auch wenn eine möglichst umfassende Abhandlung der Problembereiche rund um den privatrechtlichen Vertrauensarzt angestrebt wird, sind dennoch Abgrenzungen von Themengebieten vorzunehmen, welche in dieser Arbeit nicht behandelt werden.

Die Arbeit verzichtet auf eine detaillierte Darstellung der geschichtlichen Entwicklung des privatrechtlichen Vertrauensarztes. Wo es für die Verständlichkeit notwendig erscheint, werden jedoch entsprechende Hinweise platziert.<sup>43</sup>

In dieser Arbeit wird kein Rechtsvergleich zu anderen Rechtsordnungen durchgeführt. Obwohl das Arbeitsrecht, ebenso wie andere Rechtsgebiete, durch supranationale Normen<sup>44</sup> beeinflusst wird,<sup>45</sup> handelt es sich dennoch um ein ausgeprägt nationales Rechtsgebiet, so dass sich eine rechtsvergleichende Studie – insbesondere auch angesichts der Fokussierung auf praktische Lösungen – erübrigt.

---

<sup>40</sup> MÜLLER, AJP/PJA 2010, S. 168; vgl. dazu ausführlich 2. Teil:IV.A.3.c.aa., S. 185.

<sup>41</sup> Vgl. Art. 324a/b OR; Art. 336c OR.

<sup>42</sup> AUBERT, CR, Art. 324a OR N 16; Art. 8 ZGB; GEISER, AJP/PJA 2013, S. 441; EGLI, AJP/PJA 2000, S. 1068; SCHÖNENBERGER, S. 16; GLANZMANN-TARNUTZER, AJP/PJA 2005, S. 73 f.; vgl. dazu im Allgemeinen auch 2. Teil:III.B.4.d., S. 85 und 2. Teil:III.B.5., S. 95.

<sup>43</sup> Vgl. bspw. 2. Teil:III.I.2.a., S. 154.

<sup>44</sup> So bspw. multinationale Abkommen wie die Statuten der ILO, die Europäische Sozialcharta und die UN-Menschenrechtsakte oder bilaterale Abkommen insbesondere mit der EU.

<sup>45</sup> GEISER/MÜLLER, Rz. 1.

Bereits im Titel erfolgt eine Einschränkung auf privatrechtliche Verhältnisse. Abzugrenzen sind damit die öffentlichen Verhältnisse. Dies gilt sowohl für die Anwendung öffentlichen Rechts auf Seiten des Arbeitgebers als auch auf Seiten des Vertrauensarztes. Insbesondere werden damit die öffentlich-rechtlichen Arbeitsverhältnisse oder die öffentlich-rechtlichen Spitäler nicht von dieser Arbeit erfasst. Diese Verhältnisse werden oft durch kantonale öffentlich-rechtliche Besonderheiten geprägt. Die vorliegende Arbeit soll sich dagegen nicht auf diese Besonderheiten konzentrieren, sondern die Grundprinzipien darstellen, welche im Zusammenhang mit dem privatrechtlichen Vertrauensarzt von Bedeutung sind.

Abgegrenzt werden auch medizinische Untersuchungen, welchen sich der Arbeitnehmer unterziehen muss, welche sich jedoch auf arbeitsgesetzliche oder andere spezialgesetzliche Regelungen stützen. Unter anderem sind dies die arbeitsmedizinischen Untersuchungen bei Nachtarbeit nach Art. 17c ArG.<sup>46</sup> Diese haben teilweise zwar denselben Zweck, nämlich die Abklärung des Gesundheitszustandes eines Arbeitnehmers, haben jedoch eine andere gesetzliche Grundlage, als die in dieser Arbeit interessierenden vertrauensärztlichen Untersuchungen.<sup>47</sup>

Haftpflichtrechtliche Fragestellungen bilden ebenfalls nicht Gegenstand der vorliegenden Arbeit. Für haftpflichtrechtliche Fragen im Zusammenhang mit ärztlichen Untersuchungen besteht eine breite Auswahl an Spezialliteratur, auf die an dieser Stelle verwiesen wird.<sup>48</sup>

---

<sup>46</sup> Vgl. auch Art. 43 ArGV 1.

<sup>47</sup> Vgl. zu den Untersuchungen nach ArG bspw. STÖCKLI/SOLTERMANN, ArG-Kommentar, Art. 17c ArG.

<sup>48</sup> Vgl. bspw. PALLY URSINA, Arzthaftung mit den Schwerpunkten Schwangerschaftsbetreuung und Geburtshilfe, Diss. Zürich, Zürich 2007; FINK CLAUDIA, Aufklärungspflicht von Medizinalpersonen (Arzt, Zahnarzt, Tierarzt, Apotheker), Diss. St. Gallen, St. Gallen 2008; FELLMANN WALTER, Die Haftung des Arztes und des Spitals, Fragen und Entwicklungen im Recht der Arzt- und Spitalhaftung, Referate der Tagung vom 26. November 2002 in Luzern, Fellmann Walter/Poledna Thomas (Hrsg.), Zürich 2003; KOLLER ALFRED, Haftung des Arztes aus unterlassener Aufklärung – zur Haftung wegen Verschweigen des bei einer Sterilisation bestehenden Versagerisikos, AJP/PJA 1997, S. 1197-1204; WIEGAND WOLFGANG, Der Arztvertrag, insbesondere die Haftung des Arztes, in: Wiegand Wolfgang (Hrsg.), Berner Tage für die juristische Praxis 1984 – Arzt und Recht, Bern 1985; LOEFFLER WALTHER, Die Haftung des Arztes aus ärztlicher Behandlung, Diss. Zürich, Aarau 1945; KAISER URS, Die zivilrechtliche Haftung für Rat, Auskunft, Empfehlung und Gutachten, Diss. Bern 1987; GROSS JOST, Haftung für medizinische Behandlung – im Privatrecht und im öffentlichen Recht der Schweiz, Bern 1987, jeweils m.w.H.

Der Fokus dieser Arbeit liegt auf Ereignissen, welche sich während des Arbeitsverhältnisses ergeben können. Keine vertiefte Analyse erfolgt somit für die nachvertragliche Phase oder die Vertragsanbahnung.<sup>49</sup>

---

<sup>49</sup> Vgl. zu diesen Themengebieten bspw. WEBER-SCHERRER MARGRIT, Rechtliche Aspekte der Information zwischen den Arbeitsvertragsparteien – unter besonderer Berücksichtigung des Notwehrrechts der Lüge, Schriftenreihe zum Obligationenrecht Bd. 60, Diss. Zürich, Zürich 1999; RIESELMANN-SAXER REBEKKA, Datenschutz im privatrechtlichen Arbeitsverhältnis, Diss. Zürich, Bern 2002; RUDOLPH ROGER, Stellenbewerbung und Datenschutz, Diss. Zürich, Bern 1997; COTTI LUKAS, Das vertragliche Konkurrenzverbot – Voraussetzungen, Wirkungen, Schranken, Diss. Freiburg, Freiburg 2001 sowie die allgemeinen arbeitsrechtlichen Kommentare.

- Einsichtgewähren in Daten 115
- Einwendungen des Arbeitnehmers gegen
  - die Konsultation 217
  - Folgen 230
  - gegen den Arzt 218
  - wegen fehlender Information 226
  - wegen Transportunfähigkeit 229
- Einwendungen gegen die Person des Arztes
  - Auswahl durch den Arbeitgeber 218
  - fachliche Qualifikation 222
  - Geschlecht 224
  - Religion 226
- Einwilligung 118
  - ausdrücklich 118
  - mutmasslich 118
  - stillschweigend 118
- Fabrikarzt 256
- Fachanweisungen 71, 134
- Falschbeurkundung 142
- Falsches ärztliches Zeugnis 141
- Fehlerhafte ärztliche Untersuchung 200
- Folgen einer Untersuchung
  - bestätigendes Ergebnis 232
  - widersprechendes Ergebnis 232
- Folgen einer verweigerten Untersuchung 239
  - berechtigterweise verweigert 243
  - unberechtigterweise verweigert 240
- Formeller Mangel des Zeugnisses
  - fehlende Datierung 198
  - fehlende Orts- und Datumsangabe 198
  - fehlende Personalien 198
  - fehlende Unterschrift 198
  - fehlende Zweckangabe 198
  - fehlender Stempel 198
  - Unleserlichkeit 198
- Früherfassung bei der IV 150
- Frühintervention 150
- Fürsorgepflicht 99
  - Beginn 101
  - Ende 102
  - Grenzen 101
  - Handlungspflicht 101
  - Rechtfertigungsgründe 101
  - Rechtsfolgen bei Verletzung 107
  - Unterlassungspflicht 101
- Gefälligkeitszeugnis 142
- Geheimsphäre 125
- Gehilfe *Siehe* Hilfspersonen
- Geldminimum 84
- Gemeinbereich 126
- Genehmigung 38
- Geschäftsherr 39
- Geschlecht des Vertrauensarztes 224
- Gesundheit 113
- Gesundheitlich begründete Arbeitsunfähigkeit 181
- Gesundheitszustand
  - physischer 113
  - psychischer 113
- Gleichgültigkeit des Dritten 36
- Grenzen des Weisungsrechts 72
- Grundsätze der Datenbearbeitung 116
- GUMG 151
- Gutachten
  - technische 28
- Gutachterverträge 28
- Handeln in fremdem Namen
  - ausdrücklich 35
  - stillschweigend 36
- Handlungspflicht 101
- Häufigkeit der Arbeitsunfähigkeit 210
- Herkunft von Daten 121
- Hilfspersonen 39
  - Definition 39
  - Haftung für 39
- Hoch ansteckende Krankheiten 184
- Informationelle Selbstbestimmung 126
- Informationsquellen des Vertrauensarztes
  - Akten 254
  - andere Quellen 255
  - persönliche Untersuchung 252
- Invalidenversicherungsgesetz 149
- Karenzfrist 80
- Konsultationspflicht 163
  - fehlende gesetzliche Verpflichtung 164
  - Herleitung aus der Treuepflicht 165
  - Herleitung aus Vertrag 169
  - Interessenabwägung 167
  - mögliche Grundlage 163
  - Obliegenheit 239
  - Voraussetzungen 180
- Kontrollfunktion 120
- Kostentragung
  - Ausnahmen 246
  - Grundsatz 245
  - Prozesskosten 246
  - vertragliche Abwälzung 246
- Krankheit 86
- Kündigungsschutz 95
- Kündigungssperrfrist 95
  - Beginn 95
  - Ende 96

- Folgeerscheinung 96
- Kumulation 96
- objektive Rechtsfolge 97
- Rückfall 96
- KVG-Vertrauensarzt 153
  - Aufgabenbereich 156
  - Beratungsfunktion 157
  - Datenerhebung 160
  - gesetzliche Regelung 155
  - Grenzen der Befugnisse 158
  - historischer Hintergrund 154
  - Qualifikation 158
  - Überwachungs- und Kontrollfunktion 157
  - Unterschiede zum Privatrecht 160
  - vermittelnde Funktion 157
- Leistungshinderungsgründe
  - Objektive 81
  - Subjektive 81
- Lohnfortzahlungspflicht
  - abweichende Regelung 92
  - Anspruchskürzung 83
  - Beginn 80
  - Beweislast 85
  - Charakter der Norm 86
  - Dauer 84
  - im Allgemeinen 79
  - Karenzfrist 80
  - Kausalzusammenhang 82, 89
  - Leistungshinderungsgründe 81
  - Lohn 80
  - Unmöglichkeit d. Arbeitsleistung 88
  - Unzumutbarkeit d. Arbeitsleistung 88
  - Verhinderung 81
  - Verschulden 83
  - vertragliche Beweisregeln 91
  - Voraussetzungen 79
- Mängel des Arztzeugnisses
  - formelle 198
  - materielle 199
- Materieller Mangel
  - fehlerhafte Untersuchung 199
  - telefonische Konsultation 200
  - übermäßige Rückdatierung 202
  - verspätete Untersuchung 202
  - Zeugnis auf Bitten des Arbeitnehmers 200
  - Zeugnis ohne eigene objektive Feststellungen 200
  - zweifelhaftes Ergebnis 203
- Nachweis der Arbeitsunfähigkeit 185
- Nichtigkeit 128
- Objektive Anhaltspunkte
  - ausländische Zeugnisse 212
  - Dauer der Arbeitsunfähigkeit 211
  - Häufigkeit der Arbeitsunfähigkeit 210
  - Herleitung als Voraussetzung 167
  - Kategorien 197
  - Mängel des Arbeitszeugnisses 198
  - Übersicht 195
  - Verhalten des Arbeitnehmers 204
  - Verhalten des Arztes 209
  - Zeitpunkt der Arbeitsunfähigkeit 209
- Öffentlichkeitsbereich 126
- Personenbezug 112
- Personendaten 112
- Persönlichkeit 123
- Persönlichkeitsgütern 100
- Persönlichkeitsprofil 115
- Persönlichkeitsrecht
  - affektiver Schutzbereich 124
  - Geheimsphäre 125
  - Gemeinbereich 126
  - höchstpersönliches Recht 123
  - objektives Recht 123
  - physischer Schutzbereich 124
  - Privatsphäre 125
  - sozialer Schutzbereich 125
  - subjektives Recht 123
- Prämienschuldner 60
- Präsentismus 183
- Präventivfunktion 120
- prima-facie-Beweis 92
- Privatsphäre 125
- Promissar 32
- Promittent 32
- Qualifikation des Vertrauensarztes 222
- Recht auf körperliche Unversehrtheit 125
- Recht auf Privatsphäre 125
- Rechtfertigungsgründe 118
- Religion des Vertrauensarztes 226
- Schuldübernahme 38
- Schweinegrippe 184
- Sozialadäquaten Beeinträchtigungen 128
- Sperrfrist 95
- Standesrecht 147
- Standesregeln 147
- Stellvertretung
  - direkte 35
  - echte 35
  - indirekte 45
- Taggeldversicherung
  - Einzel- 53
  - Kollektiv- 53
  - Leistung 52

- nach KVG 53
- nach VVG 57
- Zweck 50
- Teilarbeitsunfähigkeit 89
- Teilnichtigkeit 128
- Telefonkonsultation 202
- Telemedizin 200
- Transportunfähigkeit 229
- Treuepflicht 67
- Übermässiger Bindung 127
- Unfall 87
- Unterlassungspflicht 100
- Unterlassungspflichten 68
- Unverzügliche Fristansetzung 215
- Unzulässig Weisungen an den Vertrauensarzt 251
- Verhalten des Arbeitnehmers
  - vor der Arbeitsunfähigkeit 204
  - während der Arbeitsunfähigkeit 205
- Verhaltensanweisungen 71, 134
- Verhältnismässigkeitsprinzip 213
- Verletzung der Persönlichkeit 128
- Vernichten von Daten 115
- Veröffentlichen von Daten 115
- Versicherer
  - Privatrecht 60
  - Sozialversicherungsrecht 55
- Versicherungsvertrag 59, 64
  - öffentlich-rechtlicher 54
  - privatrechtlicher 64
- Versicherungsvorbehalt
  - KVG 52
  - VVG 58
- Vertrag zugunsten eines Dritten 32
- Vertragliche Regelungen der Konsultation
  - Ausdehnungsmöglichkeiten 173
  - Beispiele 176
  - Einschränkung 179
  - Grundsatz 170
  - Schranken 174
  - Voraussetzungen 176
  - Wiedergabe der gesetzlichen Regelung 170
- Vertragsübernahme 38
- Vertragsverhandlungsverhältnis 21
- Vertrauensarzt
  - Auswahl 218
  - Datenerhebung 247
  - Definition 6
  - Geschlecht 224
  - Qualifikation 222
  - Religion 226
- Voraussetzungen der Konsultationspflicht 180
  - fehlende Einwendungen 217
  - gesundheitlich begründete Arbeitsunfähigkeit 181
  - Nachweis der Arbeitsunfähigkeit 185
  - objektive Anhaltspunkte 195
- Weisungsbefugnis des Arbeitgebers
  - gegenüber dem Arbeitnehmer 70
  - gegenüber dem Vertrauensarzt 248
  - im Vergleich zum Auftragsrecht 133
- Weisungsrecht im Allgemeinen 70
- Weitergabe von Daten durch den Vertrauensarzt 261
  - Befugnis zur Weitergabe 262
  - Entbindung vom Berufsgeheimnis 264
  - Form der Information an den Arbeitgeber 267
  - Inhalt der Information an den Arbeitgeber 269
- Weitergeben von Daten nach DSGVO 115
- Werkarzt 256
- Werkvertrag
  - Arbeitserfolg 27
  - Definition 26
- Widersprechende Arztzeugnisse
  - richterliche Würdigung 237
  - Vorgehen 232
- Wirksamkeit von Weisungen 75
- Zeitminimum 84
- Zeitpunkt der Arbeitsunfähigkeit 209
- Zielanweisungen 71, 134
- Zugänglichmachen von Personendaten 115
- Zulässige Fragen an den Vertrauensarzt 338
- Zulässige Weisungen an den Vertrauensarzt 250